

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Europa hat die Wahl

Am 9. Juni geht es auch um die Mitbestimmung



Yes We Canyon

Der erste Fahrradhersteller mit Tarifvertrag



„Das HSI denkt nach vorne“

Ernesto Klengel ist neuer wissenschaftlicher Direktor

DER NEWSLETTER VOM MAGAZIN



ERSCHEINT **6 X** IM JAHR

Das Magazin Mitbestimmung der Hans-Böckler-Stiftung

Reportagen und Berichte aus dem Alltag von Betriebs- und Aufsichtsräten, Beiträge aus Forschung und Gewerkschaften.

Jetzt abonnieren unter: <https://www.boeckler.de/de/116070.htm>



Foto: Jan Rathke

LIEBE LESER*INNEN,

Am 9. Juni 2024 können die Wähler*innen in Deutschland über die zukünftige Zusammensetzung des EU-Parlaments entscheiden. Leider steht bereits fest: Es wird ein schmutziger Wahlkampf. Das Internet wird überschwemmt mit manipulierten Fotos. Dabei schrecken Rechtsextreme und Rechtspopulist*innen nicht davor zurück, aktive Gewerkschafter*innen mit gefälschten Bildern in den sozialen Medien zu diskreditieren.

Auch wenn die Parteien ihre Unterschiede betonen müssen, so sind wir Gewerkschafter*innen gefordert, deutlich zu machen, dass es bei dieser Wahl auch um die Abstimmung über unser Lebens- und Gesellschaftsmodell geht. Es geht um ein Europa, in dem Arbeitnehmer*innen durch Gesetze geschützt sind, die ihnen materielle und soziale Teilhabe zusichern, auch in unwegsamen Lebenssituationen wie bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Ein Europa, in dem Beschäftigte auf Basis von gesetzlich verbrieften Rechten mitentscheiden können.

Es steht also viel auf dem Spiel, falls diese europäischen Errungenschaften in die Hände der Antidemokrat*innen und Menschenfeind*innen fallen. Wir setzen uns für ein demokratisches und soziales Europa ein. Dafür werden wir weiter werben.

Eine anregende Lektüre wünscht Eure/Ihre

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

claudia-bogedan@boeckler.de

Mein Lesetipp

Vor 70 Jahren wurden die Vorgängerinstitutionen der Hans-Böckler-Stiftung gegründet. Aus diesem Anlass haben wir Menschen aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften um ein Wort zur Mitbestimmung gebeten. Was sie gesagt haben, lesen Sie/lest Ihr in der Beilage in diesem Heft.

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: EUROPAWAHL

- 10 Was ein gemeinsames Europa bringt**
Vier Stimmen aus den vier Instituten der Hans-Böckler-Stiftung
- 16 Noch ist das Parlament ein Verbündeter**
Wie gewählt wird, entscheidet über die Zukunftschancen von Euro-Betriebsräten. Von Marius Ochs
- 21 Kurz gelesen**
Ein Blick in die Programme der wichtigsten Parteien
- 24 Auf an die Wahlurnen!**
Warum im Superwahljahr 2024 jede Stimme zählt. Von Claus Leggewie
- 26 Für ein Europa der Vielen**
Die Gewerkschaften sind ein Garant der Solidarität.
Von Wolfgang Katzian
- 28 Gespielte Volksnähe**
Rechtspopulistische Politik in Ungarn, Italien und Polen.
Von Silviu Mihai
- 32 In der Abwärtsspirale**
TUC-Gewerkschafterin Rosa Crawford über die schädlichen Folgen des Brexit



ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

- 34 Keine Angst vor Autoritäten**
Carsten Burckhardt, Aufsichtsrat bei der Strabag. Von Marius Ochs
- 36 Yes we Canyon**
Fahrradproduktion mit Tarifvertrag – das geht. Von Stefan Scheytt
- 39 Praxistipp**
Wie man digitalen Wandel über Grenzen gestaltet. Von Fabienne Melzer
- 40 Machen, was machbar ist**
Ein Sozialunternehmen will grüner werden. Von Stefan Scheytt



POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 42 „Das HSI denkt nach vorne“**
Arbeitsrechtler Ernesto Klengel über seine Ziele als Institutsdirektor
- 46 Ein Erfolgsmodell**
Das Tarifvertragsgesetz wird 75 Jahre alt. Von Reinhard Bispinck

IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Meinungen

AUS DER STIFTUNG

48 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Europa



54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Antonia Seeland über Frauen in der Gewerkschaftsgeschichte

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Walter Andreas Schwarz:
Im Wartesaal zum großen Glück

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs



RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



Viele, viele bunte Bahn-Apps

Haben Sie schon mal versucht, mit dem Zug in Europa nicht nur die nächste Hauptstadt zu erreichen, sondern vielleicht noch ein paar Stationen weiter zu fahren? Viel Spaß beim Buchen. Während ein Flug von jedem Start- zu jedem Zielort innerhalb von Minuten über On-lineportale gebucht werden kann, muss sich der internationale Zugreisende über Wochen seine Fahrt zusammenstückeln. Die Suche in der DB-App endet schnell in einer Sackgasse: „Leider können wir Ihnen für diesen Teil Ihrer Reise keine Fahrkarte anbieten.“ Vielleicht doch lieber ein Interrail-Ticket buchen? Die Antwort am Schalter: „Wir können Ihnen ein Interrail-Ticket verkaufen, aber leider keine Sitzplätze im Eurostar reservieren.“ Nach sechs Wochen hatte ich mich durch zahllose Seiten britischer und schottischer Eisenbahngesellschaften geklickt, diverse Bahn-Apps heruntergeladen und dann tatsächlich alle Teilstrecken gebucht. Laut EU sollen wir in Zukunft eine Reise von Potsdam bis Pamplona mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln über eine einzige App buchen können. Vielleicht sollte die EU sich erreichbare Ziele stecken. Ich bin mir nicht sicher, ob eine App für alle Zugverbindungen in Europa darunterfällt.



FABIENNE MELZER ist leitende Redakteurin des Magazins Mitbestimmung.



Essen auf Rädchen

Dieser Roboter eines US-Startups liefert werktags von 10 bis 17 Uhr in einem Stadtteil von Tokio Essen aus. Abseits der Stoßzeiten rollt er gemütlich mit fünf Kilometern pro Stunde von Restaurants zu Kunden, gelenkt von Kameras und Künstlicher Intelligenz. Seine ersten Fahrten erledigte er Anfang März. Fast zeitgleich jubelten 9000 Kilometer entfernt seine menschlichen Kollegen: Die EU verabschiedete

die sogenannte Plattformrichtlinie, die Arbeitnehmerrechte und Sozialschutz unter anderem für Essenslieferanten stärken soll. Heißt das, raus aus der Scheinselbstständigkeit, rein in den Konkurrenzkampf mit autonomen Robotern? Erst mal nicht, denn zu Stoßzeiten und über längere Strecken braucht es immer noch Menschen, um sicher durch den Verkehr zu navigieren.

SOZIALAUSGABEN

Privat oder Staat – Soziales kostet

So hoch ist der Anteil an öffentlichen und verpflichtenden privaten Sozialausgaben (Angaben in Prozent vom BiP)

| | | |
|-------------|--|-------------|
| Frankreich | | 31,6 3,5 |
| Italien | | 30,1 1,8 |
| Österreich | | 29,4 2,3 |
| Niederlande | | 17,6 13,1 |
| USA | | 18,3 12,4 |
| Deutschland | | 26,7 3,7 |
| Dänemark | | 26,2 3,8 |
| Spanien | | 28,1 1,3 |
| Kanada | | 18,8 7,1 |

(öffentlich: 2022, Kanada: 2019, privat: 2019) Quelle: IMK

TAG DER ARBEIT

Ein Motto, drei Ziele



Foto: DGB

Unter dem Motto „Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit“ wollen die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften am Tag der Arbeit für ein solidarisches Miteinander auf die Straße gehen. Das Motto, so der Aufruf des DGB, „umfasst die drei Kernversprechen der Gewerkschaften“. Sie „geben Antworten auf die zunehmende Verunsicherung in der Gesellschaft“. Alle drei Ziele seien

„am besten mit starken Tarifverträgen“ erreichbar. In Hannover spricht die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, in Frankfurt am Main ihre Stellvertreterin Elke Hannack. Auf der Kundgebung in Halle wird Vorstandsmitglied Anja Piel zu hören sein, in Koblenz ihr Vorstandskollege Stefan Körzell. ■

EINE FRAGE, HERR HECKER

Foto: IG Metall



Wann endet der Rekordstreik bei SRW?

Wir sind im November 2023 nicht angetreten, um Rekorde zu brechen, sondern um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Nur ein Tarifvertrag beim Recycling-Unternehmen SRW metalfloat in Espenhain kann den Konflikt beenden. Bisher liegt die Bezahlung nur knapp über dem Mindestlohn, bei 40 Stunden Arbeitszeit. Die Kolleginnen und Kollegen fordern acht Prozent mehr Lohn, ein festes Urlaubs- und Weihnachtsgeld, sowie die 38-Stunden-Woche – abgesichert durch einen Tarifvertrag. Dem chinesischen Investor geht es nicht ums Geld, sondern ums Prinzip – um die ideologische Ablehnung von Tarifverträgen. Er hat dem örtlichen Geschäftsführer im vergangenen Jahr die Legitimation entzogen, über Tarifverträge zu verhandeln und so faktisch die Verhandlungen abgebrochen. Unsere Kontaktversuche blieben bisher unbeantwortet. Wir sind nach wie vor für eine Lösung am Verhandlungstisch bereit. ■

MICHAEL HECKER ist Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall in Leipzig.

5,12

Millionen Euro

betrug das mittlere Einkommen der Dax-Vorstandsvorsitzenden 2022. Die eine Hälfte der Vorstandschefs erhielt mehr, die andere weniger Gehalt. Im Jahr zuvor lag das mittlere Einkommen 400.000 Euro höher. Das geht aus einer Studie von Navid Armeli und Fokko Misterek vom Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Grund für den Rückgang: geringere Bonuszahlungen wegen schwächerer Börsenkurse.

Quelle: Navid Armeli/Fokko Misterek: Vorstandsvergütungsstudie 2023: Entwicklung der Vergütung von Vorständen aus DAX- und MDAX-Unternehmen 2022. Mitbestimmungsreport Nr. 80, Dezember 2023

WISSEN SIE ...

... dass die kürzlich vom Bundestag verabschiedete Kindergrundsicherung selbst in ihrer finanziell knapp ausgestalteten Form bis 2050 für einen Rückgang der Zahl armutsgefährdeter Kinder um 440 000 sorgen dürfte? Das ergeben Berechnungen in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie. Außerdem steige die Beschäftigung um 155 500 Vollzeitstellen, die gesamtwirtschaftliche Produktion nehme um jährlich 11,3 Milliarden Euro zu.

Quelle: Tom Krebs/Martin Scheffel: Auswirkungen der Kindergrundsicherung auf Armut, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. WSI Study Nr. 36, März 2024

TESLA

Neuer Betriebsrat, alte Fronten

Die IG Metall ist aus den Betriebsratswahlen im Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide als stärkste Kraft hervorgegangen. Den Forderungen der Gewerkschaft nach einem Tarifvertrag dürfte das mehr Gewicht verleihen, die Belegschaft bleibt aber gespalten. 16 der 39 Sitze gingen an die IG Metall, 23 an Listen außerhalb der Gewerkschaft. Dirk Schulze, Bezirksleiter der IG Metall in Berlin-Brandenburg, gratulierte der Gewerkschaftsliste zum „fantastischen Wahlkampf“. Die IG Metall wollte die ihrer Meinung nach zu kurzfristig ange setzte Wahl verhindern, scheiterte mit ihrer Forderung nach mehr Zeit jedoch vor dem Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg. Die erste Betriebsratswahl im Februar 2022 hatten Listen gewonnen, die Schulze als „nah zum Management“ bezeichnet. Die bisherige Betriebsratschefin Michaela Schmitz will keine gemeinsame Sache mit der IG Metall machen. Das Kräfteverhältnis im Betriebsrat hat sich nun verändert. ■

Foto: Jochen Eckel



Großer Andrang bei der Betriebsratswahl im Tesla-Werk Grünheide

EU-LIEFERKETTENGESETZ

Beschlossen trotz FDP-Blockade

Deutlich gerupft, aber beschlossen: Die Mehrheit der EU-Staaten hat nach zähen Diskussionen für ein europäisches Lieferkettengesetz gestimmt. Es soll die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards in den Lieferketten sicherstellen. Der angenommene Entwurf ist deutlich schwächer als die ursprüngliche Fassung. Er gilt nur für Unternehmen ab 1000 statt wie geplant ab 500 Beschäftigten. Deutschland enthielt sich bei der Abstimmung – was wie eine Nein-Stimme zählt –, weil die FDP das Gesetz nicht mitträgt. ■

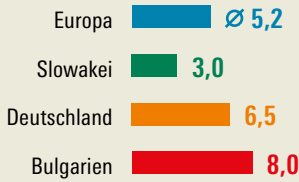
Unzufriedene Deutsche

EUROPA Die Lebenszufriedenheit in der EU liegt im Durchschnitt bei 7,1 von 10 – ein solider Wert. Deutschland schneidet am zweitschlechtesten ab. Ein Erklärungsversuch.

Von **Marius Ochs**

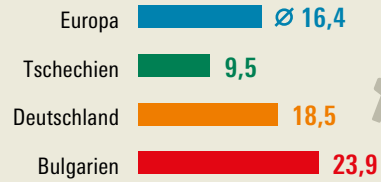


Ungleichheit



Nur in zwei Ländern ist der Einkommensabstand zwischen den jeweils 20 Prozent der reichsten und ärmsten Haushalten größer als in Deutschland.

Armutsgefährdung



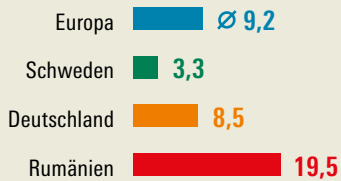
In Deutschland sind mehr Menschen von Armut bedroht als im Durchschnitt der EU. Nur in 9 der 27 EU-Mitgliedstaaten ist das Armutsrisiko größer.

Deutsche fast am unzufriedensten

Deutsche sind in der EU mit ihrer Lebenssituation fast am unzufriedensten. Die Bewertung erfolgte auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden).

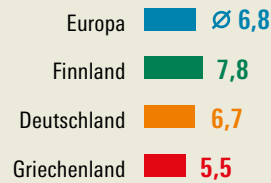


Fehlende Kontakte



Im Durchschnitt haben 9,2 Prozent der EU-Bürger niemanden, den sie um Hilfe bitten können. Hier liegt Deutschland über dem Durchschnitt, aber auf Platz 16.

Qualität der Freizeit



Deutsche haben zwar viel Freizeit, sind aber mit der Qualität nur mittelmäßig zufrieden – in der EU landen sie auf dem 15. Platz.

Europa Spitzenreiter Deutschland Schlusslicht

Quelle: EUROSTAT

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI MEINUNGEN

Sollen Smart Stores am Sonntag öffnen?



Foto: HDE/Hofphotografen

JA.

Smart Stores – oder Automaten-Minimärkte – sind innovative und intelligente Selbstbedienungsläden mit echtem Mehrwert für Kundinnen und Kunden, gerade am Sonntag. Sie kommen ganz ohne Verkaufspersonal aus und stören die Sonn- und Feiertagsruhe nicht unverhältnismäßig. Zudem sind Innovationen und Investitionen des Handels mit Blick auf die künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Branche enorm wichtig.

In ländlichen Gegenden haben Smart Stores das Potenzial, entscheidend zur Sicherung der Nahversorgung und zur Steigerung der Lebensqualität in der Region beizutragen. Allerdings ist aufgrund des geringen Warenumsatzes in den Märkten eine Öffnung an allen Tagen im Jahr, auch an Sonntagen, entscheidend. Andernfalls ist das Konzept wirtschaftlich nicht tragfähig. Wegen der hohen Investitionskosten dürfte die Anzahl der Smart Stores hierzulande zunächst überschaubar bleiben.

Umso wichtiger ist es, Smart Stores als flexible Einkaufsmöglichkeit zu etablieren, die an jedem Tag zugänglich ist. Jedoch haben die Bundesländer unterschiedliche Genehmigungsvorgaben entwickelt, da die Regelungen zur Sonntagsöffnung in das Landesrecht fallen. In einigen Bundesländern ist die Sonntagsöffnung der Smart Stores in begründeten Fällen schon heute möglich. In Mecklenburg-Vorpommern hat nun sogar erstmals ein Landesgesetzgeber die Sonntagsöffnung von Smart Stores im Gesetz explizit aufgegriffen und zugelassen. Das ist zukunftsfähig und der richtige Weg. ■

STEFAN GENTH, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland e.V. (HDE)



Foto: Kay Herschelmann

NEIN.

Der verfassungsrechtliche Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist für uns ein unverzichtbarer Schutz der Rechte von Beschäftigten. Viele Bundesländer erlauben mittlerweile eine Rund-um-die-Uhr-Öffnung der Geschäfte an sechs Tagen. Der freie Sonntag ist der einzige planbar freie Tag in der Woche, um gemeinsame Zeit mit der Familie, mit Freundinnen und Freunden oder im Ehrenamt zu erleben. Er muss frei bleiben.

Auch teilautomatisierte Supermärkte, sogenannte Smart Stores, müssen dem verfassungsrechtlich garantierten Sonntagschutz unterliegen. Diese Läden, die nur vorgeben, personallos zu arbeiten, müssen von Beschäftigten am Wochenende beliefert, gewartet, überwacht und gereinigt werden.

Der Verwaltungsgerichtshof Hessen stützt unsere Haltung mit seinem Urteil vom Dezember 2023, indem er feststellt, dass auch der Betrieb von Läden ohne Personal gegen den Sonntagschutz verstößt. Das Gericht bekräftigt, dass gerade an Sonntagen geöffnete Geschäfte – unabhängig davon, ob an der Kasse eine Kassierer*in sitzt oder nicht – den Charakter des Wochentags entscheidend prägen. Einen Sonntag der gemeinsamen Ruhe könne es daher nur geben, wenn die öffentliche Geschäftstätigkeit auf das notwendige Mindestmaß begrenzt werde.

Verdi wird daher weiterhin der Aushöhlung der Ladenöffnungs- beziehungsweise Ladenschlussgesetze, wie sie zum Beispiel in Bayern und Hessen in Vorbereitung ist, im Interesse der Beschäftigten entschieden entgegentreten. ■

SILKE ZIMMER, im Verdi-Bundesvorstand verantwortlich für den Handel



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de



WAS EIN GEMEINSAMES EUROPA BRINGT

EUROPAS BEITRAG Im Juni wählen die Menschen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein neues Parlament. Wer zukünftig in Europa bestimmt und wohin es sich politisch entwickelt, ist gerade für Beschäftigte von Bedeutung. Vier Stimmen aus der Hans-Böckler-Stiftung.



Die Europawahlen stehen bevor – und damit die Zeit, in der viel über die kleinen und großen Vorteile gesprochen wird, die die EU für unser Leben so mit sich bringt: Reisen ohne Grenzkontrollen? Im Urlaub bezahlen,

Die EU ist zu wichtig geworden, um sie in der Sozialpolitik zu ignorieren.

ERNESTO KLENGEL, Direktor des Hugo Sinzheimer Instituts (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung

ohne in der Wechselstube übers Ohr gehauen zu werden? Endlich einheitliche Ladekabel für alle elektronischen Geräte? Die EU macht es möglich.

Um Soziales geht es dabei eher selten, und das liegt daran, dass die soziale Dimension der EU eine vertrackte Angelegenheit ist. Doch es gibt auch sie, die Momente, in denen sehr klar wird, dass die Europäische Union eine ganze Menge damit zu tun hat, wie wir arbeiten, wirtschaften und leben.

Als im Jahr 2023 zahlreiche Trucker wochenlang auf der Autobahnraststätte Gräfenhausen protestierten beispielsweise. Sie

sind es, die den grenzüberschreitenden Warenverkehr abwickeln, eine wichtige Säule des europäischen Binnenmarkts. Sie kommen aus Usbekistan oder Georgien, und werden von ihren Arbeitgebern, großen osteuropäischen Logistikunternehmen, um ihren Lohn betrogen. Ihre Arbeitsbedingungen sind katastrophal. Dabei gelten für sie eigentlich neue EU-Vorschriften. Doch diese sind so kompliziert, dass sie in der Praxis kaum überwacht werden.

Die andere Geschichte, die Europa derzeit schreibt, ist die des Motors einer Reihe fortschrittlicher Regeln für die Arbeitswelt. Die Union möchte sich vom Ruf einer technokratischen Behörde befreien und ein soziales Antlitz gewinnen. An Zeiten, in denen die Troika mit EU-Institutionen südeuropäische Staaten zwang, Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und die Macht der Gewerkschaften zu begrenzen, möchte niemand erinnern. Ob Arbeitszeiterfassung oder bessere Regeln für die prekäre Arbeit von Essenslieferantinnen und anderen Plattformbeschäftigten, ob Grenzen für die algorithmische Steuerung des Arbeitsalltags, eine moderate Stärkung der Europäischen Betriebsräte oder der Schutz von Menschenrechten in der Lieferkette: der sozialpolitische Richtungswechsel hat es in sich. Sogar juristische Bedenken wurden beiseitegewischt, um eine Richtlinie zur Stärkung der Mindestlöhne in Kraft zu setzen – einschließlich einer Stärkung von Tarifverträgen in den Mitgliedstaaten.

Doch auch hier sind die Schatten der Vergangenheit spürbar. Ausgerechnet die wohlfahrtsstaatlichen skandinavischen Länder wehren sich gegen die Mindestlohnrichtlinie, allen voran die dortigen Gewerkschaften. Es sind die Spätwirkungen der EuGH-Entscheidungen zu Viking und Laval aus dem Jahr 2007, in denen die Standards der nordischen Sozialmodelle infrage gestellt wurden.

Ob die Trucker in Gräfenhausen oder die Mindestlohnrichtlinie: Die Europäische Union hat noch viel Arbeit vor sich, wenn es darum geht, sozialpolitisches Vertrauen aufzubauen. Doch wenn es um gute Arbeitsbedingungen geht und die Möglichkeiten, am Arbeitsplatz mitzubestimmen, ist sie viel zu wichtig, um sie zu ignorieren.



Die europäische Mindestlohnrichtlinie stellt klar: Erwerbsarbeit muss gesellschaftliche Teilhabe für alle garantieren. Damit setzt sie auch Standards für die deutsche Debatte. Denn die Mitgliedstaaten sind verbindlich verpflichtet, sie bis spätestens 2025 in nationales Recht umzusetzen.

Um angemessene Mindestlöhne zu erreichen, nennt die Richtlinie unter anderem zwei Faktoren, die auch für die deutsche Arbeitsmarktpolitik zentral sind: die Höhe der Tarifbindung und die Höhe des Mindestlohns. So unterstreicht sie den Zusammenhang zwischen einer hohen Tarifbindung und höheren Mindestlöhnen sowie einer geringeren Lohnungleichheit. Länder, deren Tarifbindung nicht bei mindestens 80 Prozent liegt, müssen darlegen, wie sie die Tarifbindung schrittweise erhöhen. Darin spiegelt sich eine durchweg positive Sicht auf die Tarifbindung wider. Sie wird als wichtiges verteilungspolitisches Instrument verstanden, um Lohnungleichheit, einem zentralen Merkmal sozialer Ungleichheit, entgegenzuwirken. Der WSI-Verteilungsbericht belegt jedes Jahr aufs Neue, wie groß die Einkommensungleichheit in Deutschland ist. Die europäische Mindestlohnrichtlinie stärkt damit den Gewerkschaften im Kampf um eine höhere Tarifbindung den Rücken.

Auch im Hinblick auf die Debatte über die Höhe des Mindestlohns ist die Richtlinie wegweisend für die deutsche Diskussion. Die Richtlinie verpflichtet die Länder der EU, klar definierte Kriterien für einen angemessenen Lohn festzuschreiben. Auch wenn sie dies nicht verbindlich vorschreibt, verweist sie in diesem Kontext explizit auf Referenzwerte wie „60 Prozent des Bruttomedianlohns“. Eine solche Definition der Lohnuntergrenze stellt das Konzept gesellschaftlicher Teilhabe in den Mittelpunkt. Teilhabe definiert sich nicht über die Erfüllung minimaler Grundbedürfnisse, sondern über den jeweiligen Lebensstandard einer Gesellschaft. Daher ist es sinnvoll, die Lohnuntergrenze am mittleren Einkommen eines Landes zu orientieren. Dies steht allerdings im krassen Gegensatz zum Vorgehen der deutschen Mindestlohnkommission, die für das Jahr 2024 gegen die Stimmen der Gewerkschaften nur eine minimale Erhöhung des Mindestlohns von 41 Cent festgelegt



Die Mindestlohnrichtlinie ist wegweisend für die Diskussion in Deutschland.

BETTINA KOHLRAUSCH, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung

hat. Vor dem Hintergrund der hohen Belastung der unteren Einkommen und der in der Richtlinie festgelegten Kriterien eines angemessenen Mindestlohns stellt sich in Deutschland die Frage nach funktionierenden Mechanismen, um einen Mindestlohn sicherzustellen, der gesellschaftliche Teilhabe garantiert, zunehmend drängender. Es gibt in Sachen Mindestlohn für die deutschen Gewerkschaften viel zu tun – immerhin mit Rückenwind aus Europa.

Es ist noch nicht allzu lange her, da erreichte mich eine SMS, die mich nach vielen Jahren intensiver Arbeit aufatmen ließ. Ein langjähriger Weggefährte und Mitstreiter in der Sache, der selbst gespannt auf die Nachricht gewartet hatte, teilte mir mit, dass wir es geschafft haben: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte in unserem Sinne entschieden!

Im Oktober 2022 schaffte der EuGH nach acht Jahren endlich Klarheit in einer zentralen Frage der Mitbestimmung innerhalb der euro-

genden Elemente der nationalen Mitbestimmung auch bei einer Umwandlung in eine SE erhalten bleiben müssen und die Sitze für Gewerkschaften in einem mitbestimmten Aufsichtsrat in Deutschland als solche prägend sind.

Diese Entscheidung war deswegen so wichtig, weil die europäische Rechtsform SE seit ihrer Einführung vor über 20 Jahren vor allem oder nahezu ausschließlich in Deutschland zur Mitbestimmungsvermeidung genutzt wird. Von 122 deutschen SE, die aufgrund ihrer Größe mit mehr als 2000 Beschäftigten in Deutschland eigentlich paritätisch mitbestimmt sein müssten, sind es tatsächlich nur 19.

Gut gedacht ist eben nicht immer gut gemacht. Es darf nicht sein, dass europäische Regularien die Umgehung oder Abschwächung deutscher Mitbestimmungsrechte ermöglichen. Das sieht glücklicherweise auch der Europäische Gerichtshof so und hat das entsprechend klargestellt.

Das ist auch deswegen von Bedeutung, weil die EU und ihre mitbestimmungspolitische Gesetzgebung vor allem darauf abzielen muss, Standards zu setzen und Solidarität zwischen den Menschen in den Mitgliedstaaten zu schaffen. Aus meiner eigenen Mitbestimmungspraxis weiß ich sehr genau, welche Bereicherung etwa der Europäische Betriebsrat (EBR) für den demokratischen Zusammenhalt in allen Mitgliedstaaten ist. Er ist unser Instrument, um den eigenen Horizont zu erweitern, unterschiedliche Kulturen der Mitbestimmung kennenzulernen und zu fragen, warum sie so sind, wie sie sind.

Sich in Europa nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, ist keine bloße Plattitüde. Im Aufsichtsrat ist es ein entscheidender Mehrwert, persönliche Kontakte in die von Entscheidungen betroffenen Länder zu haben, um ungefilterte Informationen einzuholen und mit den Beschäftigten vor Ort zu sprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Die EU hat mit den Europäischen Betriebsräten eine starke Ergänzung des Mitbestimmungssystems geschaffen, das den Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten in Europa sichert. Insofern ist die laufende Revision der EBR-Richtlinie der richtige Schritt, um die demokratische Beteiligung der Beschäftigten in Europa zu fördern.

Das SAP-Urteil des Europäischen Gerichtshofes hat die Mitbestimmung gestärkt.

DANIEL HAY, Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung

päischen Gesetzgebung. Das Softwareunternehmen SAP hatte sich 2014 von einer deutschen Aktiengesellschaft in eine Societas Europaea (SE), also eine europäische Aktiengesellschaft, umgewandelt. Der neue Aufsichtsrat der SAP SE sollte verkleinert werden, und in diesem Zuge sollte der gesonderte Wahlgang für die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften entfallen.

Das hätte in der Praxis den Wegfall ihrer Repräsentanz im Aufsichtsrat des Unternehmens bedeutet. Zu Unrecht, entschied der EuGH und bestätigte damit die Auffassung der Gewerkschaften IG Metall und Verdi. Der EuGH machte deutlich, dass die prä-



Gerne wird der Europäischen Union die Schuld zugeschrieben, wenn etwas nicht so gut funktioniert – sei es unregulierte Zuwanderung oder das Unterlaufen von Sozialstandards. Dabei haben die Jahre seit dem Ausbruch der Covidpandemie gezeigt, wie wichtig die EU für unseren Wohlstand und unsere Lebensweise ist.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind dabei zwei Elemente zentral: der Binnenmarkt und der Euro. Wenngleich von Kritikern gelegentlich als „neoliberale Projekte“ gebrandmarkt, sind es der gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung, die uns helfen, hohe Löhne sowie hohe Sozial- und Umweltstandards zu verteidigen.

Der Binnenmarkt erlaubt, innerhalb Europas von den unterschiedlichen Stärken der Mitgliedstaaten zu profitieren. Deutschlands Autobauer etwa konnten so über Jahrzehnte weniger komplexe Teile in EU-Ländern mit niedrigeren Lohnkosten herstellen lassen und sich in Deutschland auf Produktionsschritte mit hoher Wertschöpfung und dem Potenzial für hohe Löhne konzentrieren. Das hat Jobs und Wohlstand bei uns und in den Partnerländern gesichert.

Lieferketten innerhalb Europas haben sich dabei als um ein Vielfaches stabiler herausgestellt als jene etwa mit China. Als in der Covidpandemie kurzzeitig die Produktion von Autoteilen in Italien eingestellt wurde, musste zwar auch die Herstellung in Deutschland gedrosselt werden, aber nach Hochlaufen der Bänder in Norditalien liefen schnell auch die deutschen Werke wieder. Lieferungen aus Asien hingegen waren nicht nur von den Lockdowns dort, sondern auch von Störungen in Häfen oder blockierten Seewegen über mehrere Jahre beeinträchtigt.

Der Binnenmarkt erlaubt Europa auch, schärfere Standards etwa bei Arbeitsrechten oder Umweltstandards durchzusetzen. Die EU kann solche Standards zur Bedingung für Freihandelsabkommen machen, weil sie einen so großen und attraktiven Markt hat. Kein einzelnes europäisches Land, auch nicht Deutschland, hätte auf globaler Ebene solch ein Gewicht. Standards, die Europa für den eigenen Binnenmarkt setzt, werden nicht selten für die Produktion in anderen Ländern übernommen, weil es sich im Ausland oft einfach nicht lohnt, einmal für die EU und

Binnenmarkt und Euro haben Löhne und Sozialstandards gesichert.

SEBASTIAN DULLIEN, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung

einmal für den Rest der Welt zu produzieren. Und der Euro hat in der Covidpandemie entscheidend für makroökonomische Stabilität gesorgt. In anderen Regionen der Welt kam es zu wilden Schwankungen der Wechselkurse. Inflationsraten schossen in die Höhe, und fast 100 Länder mussten sich für Nothilfen an den Internationalen Währungsfonds wenden. Nicht so bei uns: Der Euro blieb stabil. Wie die 1980er und 1990er Jahre gezeigt haben, waren wilde Schwankungen im Wechselkurs innerhalb Europas immer auch zum Nachteil der deutschen Wirtschaft: Aufwertungen der Deutschen Mark haben damals regelmäßig hart erarbeitete Wettbewerbsvorteile zunichte gemacht und die Nachfrage in wichtigen Absatzmärkten gedämpft. All dies hat fast bilderbuchartig der Euro verhindert.

Natürlich läuft auch wirtschaftspolitisch auf EU-Ebene nicht immer alles rund. Insgesamt nutzt die EU ihren Einfluss nicht immer ausreichend und zielgerichtet. So würde sich der Binnenmarkt ideal eignen, um eine gezielte Industriepolitik für Zukunftstechnologien wie Halbleiter und erneuerbare Energien umzusetzen. Bisher passiert das leider nicht, stattdessen arbeitet jedes Mitgliedsland an einer eigenen Industriestrategie. Aber das ist kein Grund, sich von Europa abzuwenden, im Gegenteil: Die Europawahl ist die Gelegenheit, um die Voraussetzung für eine verbesserte Politik in Europa zu legen.





Eine Sitzung des Europäischen Betriebsrats von Unilever

Noch ist das Parlament ein Verbündeter

EURO-BETRIEBSRÄTE Das EU-Parlament fordert eine Revision der Richtlinie für Europäische Betriebsräte. Ob sie kommt, könnte auch vom Ausgang der Wahlen zur Volksvertretung im Juni abhängen.

Von **Marius Ochs**

In einem internationalen Konzern betreffen Entscheidungen nur selten ein einziges Land. Wer, wie Hermann Soggeberg, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats (EBR) beim Konsumgüterhersteller Unilever, die Belange der Beschäftigten vertritt, muss daher meist Interessenvertretungen aus mehreren Ländern hinter einer Forderung vereinen. Etwa der nach sozialen Mindeststandards bei Restrukturierungen in ganz Europa. Aus dieser Forderung

erwuchs eine Vereinbarung, die in einem aktuellen Fall beim Verkauf eines Firmenteils wirkt, erzählt Soggeberg. So müssen Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeit, Entgelt und Ähnliches nach dem Verkauf noch mindestens drei Jahre Bestand haben – das europäische Recht schreibt nur ein Jahr vor. Der EBR achtet darauf, dass Unilever diese Garantie in den Vertrag aufnimmt – widerwillig vermutlich, weil eine solche Zusicherung den Verkaufspreis mindert.

„Ohne einen Europäischen Betriebsrat ginge das nicht“, sagt Soggeberg, der seit 14 Jahren dem Gremium vorsteht. Aber er wünscht sich mehr: „Echte europäische Mitbestimmung gibt es noch nicht.“ Euro-Betriebsräte haben hauptsächlich Informations- und Konsultationsrechte, und auch das nur bei Entscheidungen und Entwicklungen, die sogenannte grenzüberschreitende Auswirkungen haben. Um ihre knappen Rechte müssen sie oft auch noch kämpfen. Unternehmen werden kreativ, um sie zu umgehen. Beliebte sind beispielsweise Umwandlungen der Rechtsform eines Konzerns in eine Societas Europaea (SE), hierzulande besser bekannt als Europäische Aktiengesellschaft. Das verlangsamt die Gründung eines europäischen Arbeitnehmergremiums erheblich.

Wirkungslose Sanktionen

Auch beliebt: Unternehmen deklarieren ihre Entscheidungen einfach als nicht grenzüberschreitend, sodass der EBR nicht mehr zuständig ist. Die butterweiche Formulierung lässt viel Interpretationsraum. Manche Unternehmen brauchen auch gar keine Ausreden. Sie informieren ihren Euro-Betriebsrat einfach nicht.

Sophia Reisecker leitet die Abteilung für Europa und Konzerne der österreichischen Angestellten Gewerkschaft GPA, sitzt im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und hört viele solcher Geschichten. In etlichen Fällen habe der Arbeitgeber das Informationsrecht gerade noch so eingehalten: Er informierte den EBR eine Stunde vor der Pressekonferenz. „Normalerweise folgt auf die Information ein Konsultationsprozess des EBR, der vom Austausch auf der lokalen Ebene lebt. Das kann heißen, dass Betriebsräte zum betroffenen Werk reisen und mit den Beschäftigten vor Ort sprechen, um anschließend eine Stellungnahme abzugeben“, sagt Reisecker. „Das ist in einem solchen Fall natürlich unmöglich.“

Dennis Radtke, Europaabgeordneter der CDU und EVP-Fraktionsmitglied, wundert das nicht: „Die Sanktionen bei Nichtbeachtung der EBR-Rechte sind lächerlich.“ Einige Tausend Euro sind die Regel. Der ehemalige IGBCE-Sekretär Radtke schlug deshalb 2023 mit anderen euro-

päischen Abgeordneten eine Reform der EBR-Richtlinie vor. Teile davon, wie die Möglichkeit einer einstweiligen Verfügung, wurden bereits vom Parlament verabschiedet.

Der zentrale Punkt: Unternehmen sollen zwei Prozent des globalen Jahresumsatzes bei einem unabsichtlichen und vier Prozent bei einem absichtlichen Verstoß berappen. Das Europäische Parlament unterstützt den Vorschlag und wurde so zu einem wichtigen Verbündeten für Betriebsräte in Europa. ▶

”

Echte europäische Mitbestimmung gibt es noch nicht.“

HERMANN SOGGERBERG, EBR-Vorsitzender Unilever



Foto: Unilever



Nicht jeder polnische Arbeiter ist von vornherein überzeugt von der Idee der Mitbestimmung.“

DARIUSZ DABROWSKI, Generalsekretär des Europa-Konzernbetriebsrats von Volkswagen

► „Es wäre schön, wenn die gesetzlich verbrieften Rechte heute schon eingehalten würden“, sagt Maxi Leuchters. Leuchters ist Referatsleiterin für Unternehmensrecht und Corporate Governance am Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung. Wie Sophie Reisecker sitzt sie im EWSA. Dort beginnen gerade die Diskussionen um eine Stellungnahme zur Reform der EBR-Richtlinie. Weil die EBR aber oft umgangen werden, so Leuchters, seien „eine Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten und ein Zugang zur Justiz sehr wichtig“.

Sonst läuft es wie beim Online-Giganten Amazon: Die Verhandlungen über einen EBR zogen sich über vier Jahre. Heute darf der Euro-Betriebsrat sich zwar zweimal im Jahr treffen, also einmal mehr als gesetzlich vorgeschrieben, Zeit und Geld sind aber zu knapp, berichtet der italienische EBR-Vorsitzende Gianpaolo Meloni. Das Gremium werde oft übergangen und habe kaum Einfluss. „Wir erhalten fast nur Informationen, die auch öffentlich zugänglich sind“, sagt Meloni. „Das reicht bei Weitem nicht.“

Win-win-Situation ist möglich

Dabei können Unternehmen gewinnen, wenn sie die Beschäftigten beteiligen und nicht nur rechtliche Mindeststandards einhalten, wie das Beispiel Evonik zeigt. Matthias Krebs ist Betriebsratschef des Standorts in Hanau und Vorsitzender des Europaforums des deutschen Chemiekonzerns, eines Gremiums, das ähnlich arbeitet wie ein EBR, jedoch zu gleichen Teilen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzt ist. Bei Evonik wurde das Europaforum 1995 ins Leben gerufen, ein Jahr bevor die EBR-Richtlinie in Deutschland in nationales Recht überführt wurde.

Die Zusammensetzung des Gremiums sei eine „Win-win-Situation“, sagt Krebs. „Die Arbeitgeber können dort bei ihrer Belegschaft um Akzeptanz für Veränderungen im Zuge der sozial-ökologischen Transformation werben, und wir können auf gleiche Rechte für die Beschäftigten in allen Ländern hinarbeiten.“ Beim Thema KI beispielsweise entstehe schnell ein internationales Ungleichgewicht. Sobald ein Land bessere Regelungen als ein anderes findet, um Beschäftigte zu qualifizieren und Jobs zu erhalten, bedrohe das die Kultur im internationalen Konzern.

Ein Europaforum oder EBR könne eine Plattform sein, um das Ungleichgewicht auszubalancieren, oder zumindest für Verständnis werben. Aber auch das Europaforum von Evonik hat keine echten Mitbestimmungsrechte. „Das Forum dient dem offenen und vertrauensvollen Informations- und Meinungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern“, sagt Krebs. Bei akuten Schwierigkeiten wie der Energiekrise und damit verbundenen Werksschließungen zeige sich, was ein international handlungsfähigeres Gremium leisten könnte: „Es wäre wichtig, Sozialplanregelungen zu verhandeln, die über Grenzen hinweg funktionieren, sodass an jedem Standort die gleichen Bedingungen herrschen. Das würde auch den Gedanken eines geeinten Europas stärken“, sagt Krebs.

Mitbestimmung ist nicht überall gewollt

Mitbestimmungsrechte unterscheiden sich in Europa von Land zu Land. Dariusz Dabrowski, seit drei Jahren Generalsekretär des EKBR (Europa-Konzernbetriebsrat) von Volkswagen, kennt das gut. Als Vorstand der Solidarność-Gewerkschaft begleitete er den Kulturwandel zu mehr Mitbestimmung in den polnischen VW-Werken. In Polen sei Mitbestimmung nicht gesetzlich verankert wie in Deutschland. Die Beschäftigten hätten damit kaum Erfahrung, ►



Das Forum dient dem offenen und vertrauensvollen Informations- und Meinungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern.“

MATTHIAS KREBS, Vorsitzender des Europaforums des Chemiekonzerns Evonik



Foto: Matthias Krebs

► sagt Dabrowski. Die deutsche Unternehmenskultur von VW änderte die Arbeit der polnischen Gewerkschaft: Weg vom ständigen Kampf – Dabrowski hebt die Faust, wenn er davon erzählt –, hin zu mehr Beteiligung an der strategischen Ausrichtung der Werke. „Nicht jeder polnische Arbeiter ist von vornherein überzeugt von der Idee der Mitbestimmung“, sagt er. „Verschiedene Traditionen führen auch zu unterschiedlichen Kulturen gewerkschaftlicher Arbeit.“

Das deutsche Modell der Mitbestimmung müsse nicht für alle europäischen Länder passen. So kommt es auch im Euro-Betriebsrat von VW zu Meinungsverschiedenheiten. „Unser Gremi-

um ist die Plattform, um über gewisse Probleme auch kontrovers zu diskutieren, zum Beispiel über die Auslastung einzelner Werke“, sagt Dabrowski. Mitbestimmungsrechte im Aufsichtsrat in Deutschland kommen den internationalen Beschäftigten zugute, denn die gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder sitzen auch im EBR.

„Wir haben zum Beispiel regelmäßig Planungsrunden für die Auslastung der Fabriken“, erzählt Dabrowski. Dabei gehe es neben der wirtschaftlichen Betrachtung auch immer um die Beschäftigung als zentralem Faktor. „Belegschaftsorientierte Auslastung“ heißt das. „Erst kürzlich haben wir anhand konkreter Berechnungsmodelle die Auslastungen mehrerer Werke verglichen und eine gleichmäßigere Verteilung geplant.“ Die Diskussionen im EBR erreichen dann auch den Aufsichtsrat.

Getriebene der Transformation

In vielen Gremien kommen jedoch strategische Überlegungen und Diskussionen zu kurz. „Wir können schon länger kaum noch eigene Themen setzen“, sagt der Evonik-Betriebsrat Krebs. „Wir sind Getriebene der Transformation und der Wirtschaftskrise.“ Veräußerung, Verlagerung, Stellenabbau – viele Betriebsräte müssen sich momentan vor allem um die soziale Abfederung kümmern. Dabei gibt es über Branchen und Grenzen hinweg viel Potenzial im EBR, um Konzernstrategien in der Transformation mit zu gestalten.

Doch die Reform der EBR-Richtlinie soll nicht mehr vor der Europawahl verabschiedet werden. Damit die Initiative des Parlaments nicht ins Nichts führt, ist es wichtig, dass es noch vor der Wahl eine starke Position verabschiedet. Dafür stehen die Chancen nicht so schlecht, berichtet Maxi Leuchters vom I.M.U.. Veränderte Mehrheiten, sprich ein Rechtsruck, könnten aber dazu führen, dass die Beschäftigten ihre Unterstützer im Parlament verlieren. Bei den Parteien rechts der Mitte spielt Mitbestimmung in den Wahlprogrammen kaum eine Rolle. „Gerade das Europäische Parlament hat in der Vergangenheit immer wieder progressive und gewerkschaftsnahe Positionen aufgegriffen“, sagt Leuchters. „Deshalb ist die Zusammensetzung des nächsten Parlaments so wichtig.“ ■



Foto: privat

”

Wir haben zwar Informations- und Konsultationsrechte, erhalten aber fast nur Informationen, die auch öffentlich zugänglich sind.“

GIANPAOLO MELONI, EBR-Vorsitzender Amazon

Kurz gelesen

PROGRAMME Keine Lust auf ellenlange Texte? Wir haben die Programme der wichtigsten Parteien, die ins Europaparlament wollen, durchgesehen.

Von Kay Meiners, Andreas Molitor und Marius Ochs



Seit' an Seit'

Die SPD gilt traditionell als die Partei mit dem besten Draht zu den Gewerkschaften – kein Wunder angesichts gemeinsamer Vergangenheit. Die Geistesverwandtschaft zieht sich bis in die Formulierungen der Forderungen und Programmpunkte zur Europawahl. Öffentliche Fördergelder nur bei Guter Arbeit und Tarifbindung, Stärkung der Europäischen Betriebsräte, ein soziales Fortschrittsprotokoll und mehr **öffentliches Geld für den ökologischen und sozialen Umbau** der Wirtschaft – all das findet sich beim DGB fast wortgleich. SPD und Gewerkschaften fordern, wie auch die Grünen, das europaweite Flickwerk unterschiedlicher Mitbestimmungsregeln durch eine EU-Rahmenrichtlinie zu vereinheitlichen. Die SPD, die 2019 mit 15,8 Prozent ihr bis dato schlechtestes Ergebnis erzielte, tritt erneut mit der EU-Parlamentsvizepräsidentin Katarina Barley als Spitzenkandidatin an. Die Tochter aus einer deutsch-britischen Ehe („Ich bin Europäerin durch und durch“) gab vor fünf Jahren ihr Amt als Bundesjustizministerin für die Spitzenkandidatur auf. In den vergangenen Jahren setzte sie sich für ein entschlossenes Vorgehen bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit in der EU ein und plädierte etwa für ein hartes Vorgehen gegen den ungarischen Ministerpräsidenten Orbán.



Fremdeln war früher

Im Wahlprogramm der Grünen zur ersten Europawahl 1979 war von Mitbestimmung überhaupt nicht die Rede. Grüne und Gewerkschaftsbewegung – das war damals kein Traumpaar. Alles Geschichte: Bei der Formulierung des aktuellen Programms hat der **gewerkschaftsnahe Flügel der Partei** erkennbar seinen Stempel hinterlassen, beispielsweise mit dem Passus, bei der Umwandlung eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft dürfe es „nicht mehr zum Einfrieren des bestehenden Mitbestimmungsniveaus“ kommen. Bei der Umsetzung und Überwachung der Mindestlohnrichtlinie sind die Grünen sogar näher und konkreter an den Forderungen des DGB als die Sozialdemokraten. Hier und da sind die Formulierungen allerdings auch butterweich – etwa bei der Vergabe von EU-Geldern, die man „stärker“, nicht – wie beim DGB – „zwingend“, daran koppeln will, dass „Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt werden“. In den vergangenen fünf Jahren haben die Grünen, ebenso wie die SPD, mitarbeiterfreundliche EU-Entscheidungen mit vorangetrieben – zur Mindestlohnrichtlinie, zum Lieferkettengesetz oder zum Verbot von Produkten, die mit Zwangsarbeit hergestellt wurden. Oft wurden sie allerdings, gerade in jüngster Zeit, auf den letzten Metern von ihrem Berliner Ampelkoalitionspartner FDP ausgebremst.



Ein bisschen Entgegenkommen

CDU und CSU setzen ihren Fokus im Europawahlkampf auf Sicherheit und Verteidigung. Außerdem drängen sie darauf, das Verbrenner-Aus ab 2035 rückgängig zu machen. **Gewerkschaftliche Forderungen nimmt die Partei nur selektiv und oft in abgeschwächter Form auf.** So will sie etwa die Tarifbindung in der EU erhöhen, lehnt es aber ab, die Vergabe von EU-Mitteln an diese Bedingung zu knüpfen. Den Green Deal und die ökologische Taxonomie der EU trägt die CDU mit Ursula von der Leyen als Spitzenkandidatin mit, will sie aber auf ihre „Praxistauglichkeit“ überprüfen. Und während der DGB verbindliche Mindeststandards für die Ausbildung fordert, heißt es bei der CDU lediglich: „Die Mitgliedstaaten sollen Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente für die berufliche Bildung weiter vereinfachen.“ Auffällig ist, dass sich die Partei im Europawahlprogramm nicht zur Unternehmensmitbestimmung äußert. Der DGB fordert, dass Unternehmen, die europäische Richtlinien nutzen, um ihre Unternehmensverfassung zu ändern, dazu verpflichtet werden sollen, Verhandlungen zur Gründung eines europäischen Gremiums der betrieblichen Interessenvertretung zu führen. Dazu braucht es eine EU-Rahmenrichtlinie zur Unterzeichnung, Anhörung und Unternehmensmitbestimmung. Die CDU geht darauf mit keinem Wort ein. Dafür verspricht sie, die Standards zum Arbeitnehmerschutz auch bei den Beschäftigten auf digitalen Plattformen sicherzustellen. Ein dezidiert Plan, Mitbestimmungslücken zu schließen, sähe anders aus.



Neue Partei, alte Bekannte

Das mit Abstand kürzeste Programm hat das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Auf 20 Seiten geht es von Umverteilung („Besteuerung von Superreichen“) über „Friedensverhandlungen“ mit Russland bis hin zu „Meinungsfreiheit statt Cancel Culture“. Formulierungen aus dem DGB-Forderungskatalog finden sich teilweise wieder, etwa zum Vorrang sozialer Grundrechte vor Binnenmarktfreiheiten, zu einer Investitionsregel, nach der bestimmte öffentliche Investitionen von der europäischen Schuldenbremse ausgenommen werden sollen, oder zu einem wirksamen Monitoring der Mindestlohnrichtlinie. Zu einer Reform Europäischer Betriebsräte oder zu Mitbestimmung schreibt das Bündnis nichts. Die Parteichefin tritt nicht als Spitzenkandidatin für Europa an, schickt aber einen Polit-Promi ins Rennen: Fabio de Masi machte sich als Finanzexperte der Linken während des Wirecard-Skandals einen Namen. Jetzt setzt er sich unter anderem für eine **Mindestbesteuerung großer Konzerne und eine effektive Finanztransaktionssteuer** ein.



Hoffnung auf einen Neustart

„Klimagerechtigkeit“ und „Frieden“ sind die Begriffe, mit denen die Partei in den Wahlkampf zieht. Aber auch das Wort „Mitbestimmung“ kommt ganze 21-mal im Programm der Partei vor, die nach der Auflösung der Bundestagsfraktion in ihrer Existenz bedroht ist. Viele Forderungen decken sich mit denen des DGB: Betriebe sollen nicht mehr Standort oder Rechtsform wechseln dürfen, um Mitbestimmungsrechte auszuhebeln. Öffentliche Förderung soll an Mitbestimmungsrechte und Tarifverträge geknüpft werden. Europäische Betriebsräte müssen

gestärkt werden. Nach dem Parteiaustritt von Sahra Wagenknecht ist der Weg frei für den ökologischen Fokus. Der kommt in Gestalt von Carola Rackete, ehemalige Sea-Watch-3-Kapitänin, Klimaaktivistin und jetzt parteilose Kandidatin auf Listenplatz zwei hinter Martin Schirdewan. Rackete steht für den Versuch eines Neustarts für Die Linke: Um bei neuen grünen und sozialen Bewegungen zu fischen, sollen **Aktivisten stärker eingebunden** werden. Auf ihrem ersten Parteitag musste sich Rackete für ihre Forderung entschuldigen, die Partei müsse sich von ihrer SED-Vergangenheit konsequenter distanzieren. Die Stimmung ist aber versöhnlich, wie die taz berichtete: Der Parteitag applaudierte der Entschuldigung und wählte Rackete mit 77,8 Prozent der Stimmen auf den zweiten Listenplatz.



Das trojanische Pferd

Auf dem Europaparteitag der AfD in Magdeburg im vergangenen Jahr geißelten Redner die EU als „Monster“. Maximilian Krahn, der Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, soll nun dieses Monster bekämpfen. Krahn gilt als Anhänger Björn Höckes und Vertreter des rechten Flügels der Partei. Zwar scheint es, dass er ein wenig Kreide gefressen hat, wenn er erklärt, nicht aus der EU austreten zu wollen, doch das bedeutet nur, dass er die EU von innen heraus bekämpfen will. Den anderen EU-Abgeordneten wirft er vor, einem „Welt-einheitsstaat“ unter Führung der USA zu huldigen. Dagegen setzt er auf eine **völkisch-nationalistische Vision**: Europa wird nicht über Gemeinsamkeiten, nicht als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft definiert, sondern vor allem über die Abstammung. Krahn nennt das beschönigend ein „Europa der Vaterländer“. Die EU in ihrer heutigen Form sei ein Angriff auf die nationale Souveränität. Den Green Deal zur sozialökologischen Transformation bezeichnet die AfD als zerstörerisch, den Euro als gescheitert. Zu Gewerkschaften, Arbeitnehmerrechten oder mehr

Mitbestimmung steht kein Wort im Wahlprogramm. Stattdessen teilte Krahn auf der Plattform X einen Kommentar seines Parteigenossen René Springer, wonach die „linken Gewerkschaften“ schon lange nicht mehr die „Interessen der arbeitenden Bevölkerung“ vertreten würden.



Ja zu einem schlanken Europa

Die liberale Partei bekennt sich zur EU, die sie in einer „Bewährungsprobe“ sieht: „Die Coronapandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der terroristische Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 sind Zäsuren für ganz Europa.“ Die Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann fordert „mehr Mut“ im Umgang mit diesen Krisen. Man könne schließlich nicht erwarten, „dass die Amerikaner für uns die Kastanien aus dem Feuer holen“. Das gilt auch für die militärische Unterstützung der Ukraine. Wirtschaftlich bezeichnet die FDP die „Bekämpfung der Inflation“ als Priorität und fordert von der EU haushaltspolitische Zurückhaltung bei der Schaffung neuer Eigenmittel. Beim Green Deal soll es eine „Regulierungspause“ geben. Europas **soziale Dimension spielt eine untergeordnete Rolle**. Ebenso bleibt die Partei der Garant dafür, dass sich in Europa in Sachen Gewerkschaften und Mitbestimmung nichts bewegt. Ein Beispiel: Zuletzt versuchte die Partei, durch eine Vetopolitik im Bund – eine beliebte Strategie des kleinsten Koalitionspartners in der Ampel –, das europäische Lieferkettengesetz zu verhindern, was einen Koalitionskrach auslöste. Gegen das Gesetz, das Menschen- und Arbeitsrechte besser schützen soll, setzten die Liberalen den Slogan: „Weniger Bürokratie, mehr Freiheit!“

Auf an die Wahlurnen!

DEMOKRATIE Das Jahr 2024 wird weltweit ein Superwahljahr. Für die Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten ist es Zeit für ein starkes Bekenntnis zu den Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Von **Claus Leggewie** – Illustration **Anna Diechtierow**

Fast die Hälfte der wahlberechtigten Weltbevölkerung wird in diesem Jahr zu den Wahlurnen gerufen, nicht nur in den ost-deutschen Bundesländern, auch in Indien, der bevölkerungsstärksten Demokratie der Welt, in den USA, einer der ältesten Demokratien, und, nicht zu vergessen, in der Europäischen Union. Die kürzlich abgehaltene russische Präsidentschaftswahl darf man undemokratisch nennen, ob eine in der Ukraine stattfindet, ist unsicher. Selbst Diktatoren wie Syriens Baschar al-Assad und Nordkoreas Kim Jong Un stellen sich Scheinwahlen. Das unterstreicht ex negativo die Legitimationsfunktion von Wahlen, die unter fairen Bedingungen den friedlichen Machtwechsel bewirken.

Empirische Studien verzeichnen seit der Jahrtausendwende allerdings einen markanten Rückgang der Zahl der freien Länder, in denen allgemeine, gleiche, geheime und faire Wahlen abgehalten werden. Es gibt zum einen eine populistische Kritik von rechts und links, die Wahlen angesichts des angeblich von selbst ernannten Volkstribunen verkörperten Volkswillens nicht mehr für wichtig hält. Zum anderen gibt es aber einen rechtsradikalen Frontalangriff, der demokratische Wahlen nutzt, um im Fall der Machtübernahme Prinzipien und Prozeduren der Demokratie außer Kraft zu setzen. Das europäische Beispiel ist Ungarn, das sich Schritt für Schritt in eine durch Wahlsiege Viktor Orbáns legitimierte „Zustimmungs-Autokratie“ verwandelt hat.

Nun schauen alle Augen auf die Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni dieses Jahres. Alle Augen? Eben nicht, denn auch politisch

Interessierte, die ihre Stimme bei Bundes- und Landtagswahlen stets abgeben, mögen den Urnengang am 9. Juni eher schwänzen. Einrichtungen der EU und der politischen Bildung wiederholen ihre seit 1979 bekannten Pro-Argumente. Inzwischen wird ein Parlament gewählt, dessen Befugnisse sich stark ausgeweitet haben. Dass es machtlos sei, kann man nicht mehr behaupten, aber den Ton geben Parteien an, denen es zu mächtig geworden ist. Mindestens ein Drittel der Abgeordneten im Europäischen Parlament, darunter der deutsche AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah, möchte die Europäische Union zurückbauen oder ganz abschaffen.

Die Partei des ungarischen Premiers Viktor Orbán blockiert jeden solidarischen Akt der Mehrheit, nimmt aber gerne Brüsseler Finanzhilfen an, um ihre korrupten Netzwerke daheim zu bedienen. Und selbst die rechtsradikalen Fraktionen, denen Orbáns Partei demnächst beitreten könnte, bohren die Brüsseler Fleischtöpfe gerne an. Ins nächste Parlament werden die Ultrarechten allen aktuellen Umfragen zufolge aus den meisten Ländern mehr Abgeordnete entsenden als bisher. Das setzt die Europäische Volkspartei unter Druck, die einmal mit den Ultrarechten umweltfreundliche Maßnahmen niedergestimmt hat und gerade erst mit einem neuen Versuch beim Naturschutzgesetz gescheitert ist, und schwächt die linke Mitte weiter. Mit einer rechten Mehrheit wären die Klimaziele unerreichbar und der European Green Deal tot.

Auf die massenhaften Straßendemonstrationen der vergangenen Wochen in deutschen Städten muss nun die Mobilisierung der Wählerin-

Der 1950 in Wanne-Eikel geborene Politikwissenschaftler **Claus Leggewie** gehört seit Jahrzehnten zu den führenden Intellektuellen Deutschlands. Er forscht zu Themen wie Erinnerungskultur, Rechtsradikalismus, Energiewende und kultureller Globalisierung. Bis zu seiner Emeritierung 2017 war er Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung. Zuletzt erschien 2021 das gemeinsam mit Frederic Hanusch und Erik Meyer verfasste Buch „Planetar denken“.



nen und Wähler folgen. Auch die rechtsradikale AfD wird notorische Nichtwähler animieren, am 9. Juni ihren Frust über die Bundesregierung und ihren Verdruss über die EU abzuladen. Dagegen müssen sich eine größere Zahl der bisherigen Nichtwähler plus die Erstwähler (dieses Mal ab 16 Jahren) zur Abgabe der Stimme für proeuropäische Parteien entschließen. Ohne diese Mehrheit könnte die EU-Kommission Direktion für Direktion in die Hände der Europagegner fallen. Nicht vergessen darf man dabei, dass die Euro-Rechten der Pudel Wladimir Putins sind, eines Mannes, der EU-Staaten offen bedroht.

Man kann nun erneut alle Vorteile der EU aufzählen – vom zollfreien Warenaustausch über den ungehinderten Reiseverkehr und kostengünstige Erasmus-Studien bis zum roamingfreien Telefonieren. Doch auf die pure Nützlichkeit der EU hinzuweisen und bloß defensiv gegen ultrarechts zu mobilisieren, reicht nicht mehr aus. Die Aggression Russlands und der auch ohne die Wiederwahl Donald Trumps anstehende Rückzug Amerikas aus der Weltpolitik wie auch der Hass von Islamisten auf unseren angeblich gottlosen und verweiblichten Kontinent und die

Allianz autokratischer Regime weltweit – all dies ruft dazu auf, über Wohlstandswerte hinaus die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu verteidigen und die Demokratie als Herrschafts- und Lebensform wertzuschätzen. In den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft hieß es einmal, ihr heimlicher Geburtshelfer sei Josef Stalin gewesen. Der Massenmörder Wladimir Putin darf nicht ihr Totengräber werden. Also: Demokraten auf! Am 9. Juni zu den Wahlurnen!

Wir wissen, „wie Demokratien sterben“ – so der Titel eines Buches der Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt. Wortreich widmen sich die Experten den Schwächen der Demokratie, doch während die rechten Minderheiten sich eindrucksvoll in Szene setzen können, kommt die Mobilisierung der Mehrheit schwer in Gang. Mutige Richterinnen und Richter und vor allem Frauenbewegungen haben sich quergestellt und eindrucksvolle Massendemonstrationen organisiert; auch dass sie in Hongkong, Belarus, Myanmar und andernorts in brutaler Repression endeten, hat sie nicht kapitulieren lassen. An Beispielen wie dem Wahlsieg der Opposition in Polen muss sich eine wehrhafte Demokratie orientieren, die noch alle Ressourcen ihrer Verteidigung in der Hand hat. Gegen die allgemeine Krisenmüdigkeit und die schrecklichen Vereinfacher müssen sich die nach vorn blickenden Kräfte sammeln, etwa mit einer überparteilichen Parlamentariergruppe, die sich endlich den größten Herausforderungen der Demokratie, dem Klimawandel und dem Artensterben, widmet.

Sie, Kollege und Kollegin, wollten ohnehin zur Wahl gehen? Gut so. Bitte überzeugen Sie eine Person und nehmen Sie sie zu einem Sonntagsspaziergang zum Wahllokal an die Hand. ■

Für ein Europa der Vielen

ZUSAMMENHALT Eine Bündelung progressiver Kräfte in Europa kann dem drohenden Rechtsruck in der EU entgegenwirken. Zusammen können wir eine lebenswerte Zukunft für alle schaffen.

Von **Wolfgang Katzian** – Illustration **Anna Diechtierow**

Angesichts der Wahlen zum Europäischen Parlament kommt man an einem Thema nicht vorbei – am zunehmenden Rechtsruck. In ganz Europa gewinnen rechtspopulistische Parteien an Zulauf. Ähnliche Entwicklungen werden auch für die EU-Wahlen vorausgesagt. Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass der Zuwachs rechter Abgeordneter die Demokratie im Europäischen Parlament aushebelt, können wir davon ausgehen, dass die kommende Periode schwierig wird. Eine Bündelung progressiver Kräfte ist nötig, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer klar in den Vordergrund zu rücken. Denn sie sind es, die am meisten von den Krisen getroffen werden – ein Zustand, den die Rechte auszunutzen weiß.

Europa muss sich entscheiden: Nehmen wir die Beschäftigten beim Wandel zu einer klimafreundlichen Wirtschaft mit oder lassen wir sie im Regen stehen? Klimaschutzmaßnahmen müssen gemeinsam mit arbeits- und sozialpolitischen Strategien gedacht werden. So können beispielsweise Beschäftigte, die durch klimapolitische Veränderungen am Arbeitsmarkt ihren Arbeitsplatz verlieren, zu Fachkräften in grünen Jobs umgeschult werden. Das ist auch eine Investition in den Aufbau einer klimafitten Zukunft. Damit wird verhindert, dass Menschen zurückgelassen werden und sich potenziell nach rechts radikalieren. Gerade jene, die heute schon wenig zum Leben haben, werden besonders unter den Auswirkungen der Erderhitzung leiden.

Damit ist der Kampf gegen die Klimakrise auch eine Verteilungsfrage. Laut einem Oxfam-Bericht haben weltweit 95 Lebensmittel- und

Energiekonzerne ihre Gewinne im Jahr 2022 mehr als verdoppelt. Und das, während die arbeitende Bevölkerung zunehmend Probleme hat, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Massive staatliche Interventionen und Investitionen wären ein wirksames Instrument gegen diese Vermögensklüft. Doch die Europäische Kommission setzt sich für die Rückkehr zur Antischuldenpolitik ein. Damit werden zukunftsgerichtete Investitionen blockiert und die Auswirkungen der Krise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Statt Austeritätspolitik benötigen wir einen Kurswechsel zu einer Wirtschaft, die den Ausbau des Sozialstaats, die Absicherung von Beschäftigtenrechten und den Kampf gegen die Klimakrise in den Vordergrund stellt. Ein starker sozialer Dialog sowie eine spürbare Sozialpolitik müssen als Markenzeichen der EU etabliert werden. So auch im Zuge der EU-Erweiterung. Anpassungen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Rechtsstaatlichkeit allein reichen nicht aus. Sowohl die Ukraine als auch die Westbalkanstaaten müssen finanziell und politisch unter Einbindung lokaler Gewerkschaften beim Aufbau sozialpartnerschaftlicher Strukturen unterstützt werden. Nur so kann potenzielles Lohn- und Sozialdumping verhindert und das Wohlstandsversprechen der EU auch tatsächlich eingehalten werden.

Wichtig ist aber auch der Blick nach innen. Angesichts multipler Krisen und der zunehmenden Autoritarisierung gewinnt der Ruf nach einer Demokratisierung der EU-Entscheidungsprozesse an Relevanz. So muss den Blockaden innerhalb des Europäischen Rates ein Riegel

Der Gewerkschafter **Wolfgang Katzian**, der 1956 in Stockerau im Weinviertel geboren wurde, ist seit 2018 Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und seit 2023 auch Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Katzian bezeichnet sich als „glühenden Europäer“.



vorgeschoben und vom Einstimmigkeitsprinzip Abstand genommen werden. Es kann nicht sein, dass einzelne Staaten wichtige Entscheidungen aus Machtkalkül und auf Druck wirtschaftlicher Interessen unterbinden.

Der Kampf gegen autoritäre Tendenzen erfordert auch eine Demokratisierung des Europäischen Parlaments. Die einzige direkt gewählte Institution ist ein Hort des Fortschritts innerhalb der Union. Das zeigt sich unter anderem in den progressiven Entschlüssen im Bereich Klima und Schutz von Interessen der Beschäftigten. Bisher kann das Parlament nur beschränkt Gesetzesinitiativen starten. Es ist an der Zeit, dass es auch eigene Vorschläge einbringen kann.

Schlussendlich muss die Demokratie bis auf die kleinste Ebene gestärkt werden. Wichtig ist die betriebliche Mitbestimmung. Vielerorts existiert sie kaum. Es liegt an der EU, die Mitbestimmungsrechte auszubauen – die Revision der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats ist ein erster wichtiger Schritt.

Die Umsetzung dieser Forderung wird einen langen Kampf erfordern. Doch vehementer gewerkschaftlicher Einsatz macht sich bezahlt, wie die Mindestlohnrichtlinie oder die Einführung der Europäischen Säule sozialer Rechte zeigt. Vor einigen Jahren waren solche Vorstöße noch undenkbar, doch dank des gewerkschaftlichen Kampfes sind sie gelungen – in Zeiten, in denen die Arbeitgeberseite die konstruktive Arbeit oftmals erschwert.

Wir haben europaweit erlebt, wie die Arbeitgeberseite immer mehr altbekannte Spielregeln über Bord geworfen hat – ob in Schweden, wo sich Tesla weigert, einen Tarifvertrag abzuschließen, oder in Österreich und Deutschland, wo während der Tarifverhandlungen Lohnangebote weit unter der Inflationsrate vorgelegt wurden. Europaweit waren die Gewerkschaften wieder vermehrt zu Kampfmaßnahmen gezwungen. Geschadet hat es ihnen nicht, vielerorts konnte ein Mitgliederzuwachs verzeichnet werden. Die Arbeitnehmerschaft ist bereit, für ihre Rechte einzustehen. Die europäischen Parteien müssen tatkräftig mitwirken, denn eine gelungene Sozialpolitik kann auch den rechtspopulistischen Entwicklungen einen Riegel vorschieben. Es liegt an uns, dafür zu kämpfen – für ein soziales Europa, für ein lebenswertes Europa der Vielen. ■



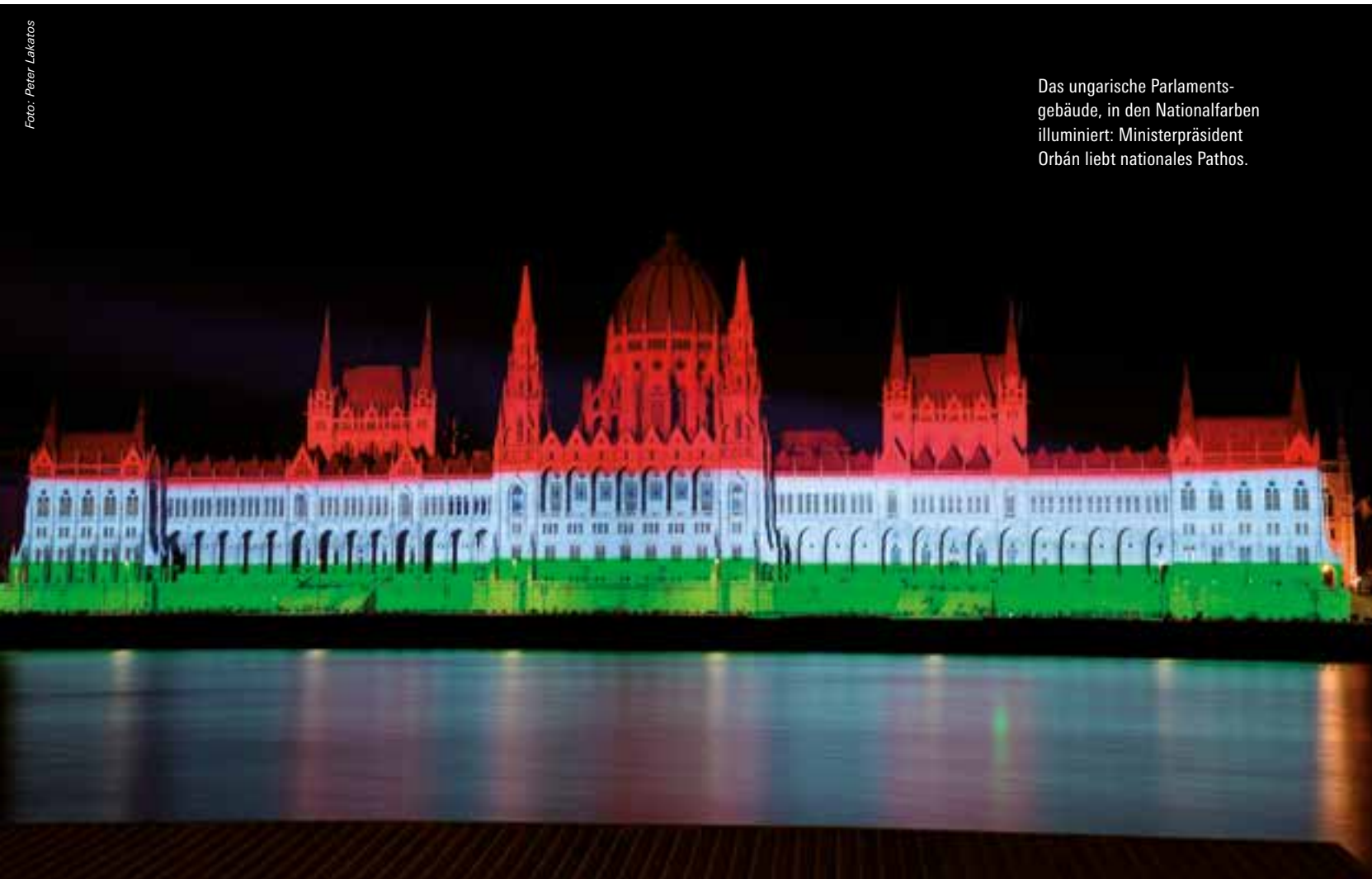
Gespielte Volksnähe

NATIONALISMUS Wie ist es, wenn Rechtspopulisten die Macht innehaben? Was wird aus ihren Versprechungen? Beobachtungen aus Ungarn, Italien und Polen.

Von **Silviu Mihai**

Foto: Peter Lakatos

Das ungarische Parlamentsgebäude, in den Nationalfarben illuminiert: Ministerpräsident Orbán liebt nationales Pathos.



Der 13. Dezember vergangenen Jahres war ein besonders guter Tag für den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Sein Land erhielt an diesem Tag von der EU-Kommission 10,2 Milliarden Euro eingefrorener Gelder, angeblich weil Ungarn substanzielle Fortschritte bei der Rückkehr zu einer unabhängigen Justiz gemacht hatte. Schwer wiegt allerdings der Verdacht, dass die EU sich mit der Freigabe der Finanzhilfen lediglich Orbáns Zustimmung für Beitrittsgespräche mit der Ukraine erkaufte hat. Ohnehin ist zu befürchten, dass der Großteil der EU-Milliarden nach bewährter Praxis der von Orbán gehegten Günstlingswirtschaft zugutekommt, vor allem den Firmen seines Schulfreundes Lorinc Mészáros.

Dass Orbán die Klaviatur aus Korruption, Vetternwirtschaft, Demontage des Rechtsstaats, Unterdrückung kritischer Medien, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit, Selbstherrlichkeit und Demokratieverachtung perfekt bespielt, ist bekannt. Trotzdem sitzt der 60-Jährige auch 26 Jahre nach seiner erstmaligen Wahl zum Ministerpräsidenten – er hatte das Amt von 1998 bis 2002 und dann wieder ab 2010 inne – fest im Sattel.

Auch Massendemonstrationen ändern daran nichts – wie kürzlich, als Lehrerinnen und Lehrer, medizinisches Personal sowie Gewerkschafter aus verschiedenen Industrie- und Dienstleistungsbranchen auf die Straßen gingen und ihre Unzufriedenheit mit miserablen Gehältern, gekürzten Arbeitsrechten sowie dem autoritären Regierungsstil Orbáns ausdrückten. Der weite Platz vor dem ungarischen Parlament war trotz der Kälte meist gut gefüllt. „Es geht nicht nur um Forderungen nach Gehaltserhöhungen“, sagte Alexandra Pál, Vorstandsmitglied der Lehrkräftegewerkschaft PDSZ, „sondern auch um akzeptable Arbeitsbedingungen und anständige öffentliche Dienstleistungen.“ Wenn es beispielsweise im Schulwesen so weitergehe, „wird niemand mehr unterrichten wollen“.

Bisher kann es sich der Ministerpräsident leisten, all diese Proteste einfach auszusitzen oder sich über sie lustig zu machen. Das ermöglicht eine bereits kurz nach der Machtübernahme von Orbáns Partei Fidesz eingeführte Neuregelung des Arbeitsrechts. Sie macht Streiks so gut wie unmöglich und räumt den Arbeitgebern sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor weitgehende Rechte ein. So dürfen Überstunden erst Jahre später ausgeglichen werden, ein Kündigungsschutz existiert praktisch nicht mehr, und die Hürden für eine gewerkschaftliche Vertretung wurden mehrfach erhöht. Die Liste der absurden Bestimmungen des ungarischen Arbeitsrechts ist so lang, dass die Betroffenen und die wenigen übrig gebliebenen unabhängigen Medien es „Sklavengesetz“ nennen.

Politischen Gegenwind bekommt Orbán zunehmend aus den sozialen Medien; sie sind Plattformen für Vernetzung und gemeinsame Aktion. So wie vor einigen Wochen bei einer Affäre um die Begnadigung eines Mannes, der schweren sexuellen Kindesmissbrauch vertuscht hatte, durch Staatspräsidentin Katalin Novak, eine Parteifreundin Orbáns: Die online organisierte Protestwelle war massiv, allein in Budapest demonstrierten bis zu 150 000 Menschen gegen den Begnadigungsakt.

Die außergewöhnlich hohe Teilnehmerzahl in einem Land, in dem eine Mehrheit inzwischen politisch eher gleichgültig eingestellt ist, erklärt der Politologe Daniel Mikecz mit dem „Influencer-Aktivismus“. Es seien die „Stars der ungarischen Influencer“ gewesen, so Mikecz im Budapester Portal Qubit, die ihre virtuelle Welt verlassen, eine Offlinedemonstration organisiert und für eine hohe Mobilisierung gesorgt hätten. Und der Protest zeigte Wirkung: Orbán distanzierte sich eilig von seiner politischen Weggefährtin und brachte den Vorschlag für eine Verfassungsänderung im Parlament ein, wonach Straftäter, deren Tatopfer Kinder sind, nie- ►



Foto: LaPresse Roberto Monaldo

Vereint gegen Mindestlohn und Streiks: Italiens rechte Ministerpräsidentin Meloni und ihr Verkehrsminister Salvini

► mals begnadigt werden dürfen. Der Staatspräsidentin blieb schließlich nur der Rücktritt.

Mindestlohn? Schafft nur Probleme!

„Schande! Schande!“, skandierten Oppositionsabgeordnete beim Auftritt der Regierungschefin. Sie entrollten Transparente und sprachen von einem „traurigen Tag für die Republik“. Dass es in Italiens Parlament hoch hergeht, ist keine Seltenheit, aber dass eine Ministerpräsidentin derart angegangen wird wie in jener Sitzung der Volksvertretung Anfang Dezember, hatten die meisten Parlamentarier noch nicht erlebt.

Giorgia Meloni von der ultrarechten Partei Fratelli d’Italia, Ministerpräsidentin seit Oktober 2022, hatte mit ihrer Regierungsmehrheit ein Gesetz gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns verabschiedet. Italien bleibt somit einer von nur fünf EU-Staaten ohne gesetzlichen Mindestlohn. Ihr Kabinett wird in dem Gesetz lediglich aufgefordert, für „auskömmliche Löhne“ zu sorgen – ohne gesetzliche Lohnuntergrenze. Die Regierung Meloni, so die Chefin der Sozialdemokraten, Elly Schlein, habe „den Ausgebeuteten eine Ohrfeige verpasst“.

Meloni versteht die Aufregung nicht. Der Mindestlohn sei doch nur „ein Slogan, der Gefahr läuft, Probleme zu schaffen“. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Mindestlohn erklärt Simone Fana, Co-Autor des Buches „Schluss mit den Hungerlöhnen“, mit den vielen Kleinunternehmen, die einen guten Teil der Wählerbasis Melonis ausmachen. Ihre Gewinne verdanken viele dieser Firmen den niedrigen Arbeitskosten. In manchen Gegenden des Landes malochen Menschen immer noch für unter fünf Euro pro Stunde.

Oft und gern betont Meloni, sie stehe mit ihrer Regierung an der Seite des „kleinen Mannes“. Ihre Politik indes spricht eine andere Sprache. So beschloss Verkehrsminister Matteo Salvini im vergangenen Spätherbst, mehrere Streiks der Gewerkschaften im Nah- und Fernverkehr von geplanten 24 auf nur vier Stunden zu kürzen. „Ich werde es diesen Leuten nicht erlauben, das ganze Land für einen ganzen Tag als Geisel zu nehmen“, sagte der Politiker, dessen geistige Nähe zum Neofaschismus immer wieder Thema ist. Eine ähnliche Protestaktion des Flugverkehrspersonals erhielt per Ministerialdekret eine Absage. Man wolle Unannehmlichkeiten für die Bevöl-

kerung begrenzen, lautete die Begründung Salvinis. Seit Jahrzehnten hatte kein Regierungsvertreter mehr von der Möglichkeit des Ministerialdekrets gegen einen geplanten Streik Gebrauch gemacht.

Mit den Streiks wollten die Gewerkschaften ihre Forderung nach Gehaltserhöhungen bekräftigen. Angesichts der hohen Inflation sei die Situation unerträglich geworden, argumentieren die Gewerkschaftsverbände UIL und CGIL, die zu den Streiks aufgerufen hatten. Italien ist das einzige Land der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in dem die Löhne und Gehälter in den letzten 30 Jahren real nicht gestiegen, sondern um drei Prozent gesunken sind. Maurizio Landini, der Generalsekretär der CGIL, fand angesichts der Streikverbotspolitik der rechten Regierung deutliche Worte: „Die Vorgehensweise der Regierung ist nichts anderes als ein Angriff auf das Streikrecht und auf die italienische Demokratie.“

Brüssel ist an allem schuld

Wer ein Beispiel sucht, wie unwürdig ein demokratischer Machtwechsel verlaufen kann, findet in Polen hervorragendes Anschauungsmaterial. Die im Herbst abgewählte nationalkonservative Regierung unter Führung der Partei PiS („Recht und Gerechtigkeit“) klammerte sich verzweifelt an der Macht fest. Staatspräsident Andrzej Duda, ebenfalls ein PiS-Parteigänger, beauftragte, um seiner Partei noch ein paar Wochen an der Macht zu ermöglichen, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) erneut mit der Regierungsbildung, obwohl der keinerlei Aussicht auf eine Mehrheit im Parlament hatte.

Die achtjährige PiS-Regentschaft hat enormen Schaden hinterlassen. Die Ultrakonservativen und Europaskeptiker um den Strippenzieher Jarosław Kaczyński folgten dem Rezept des Ungarn Viktor Orbán: Volksnähe spielen, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie schüren, das Justizsystem und andere demokratische Kontrollinstanzen mit Loyalisten neu besetzen und Brüssel für alles Üble die Schuld geben – während man EU-Gelder einkassiert, die dann an die eigene Parteiklientel verteilt werden.

In Polen ging diese Strategie allerdings nicht so gut auf wie in Ungarn. Nie gelang es der PiS, die totale Kontrolle über alle Institutionen des

Landes zu erlangen. Außerdem trat die von dem jetzigen Regierungschef und früheren Europaratspräsidenten Donald Tusk geführte liberale und europafreundliche Opposition stärker und überzeugender auf als die vielen zerstrittenen linken und liberalen Parteien in Ungarn.

Letztlich war allerdings die zunehmend prekäre soziale Lage wahlentscheidend. Das vergangene Jahr war in Polen geprägt von Protesten. Gewerkschaften aus allen Branchen forderten angesichts des massiven Kaufkraftverlusts Gehaltserhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, wenn auch mit nur mäßigem Erfolg.

Für die PiS, die sich gerne als Nachfolgerin der Solidarność-Bewegung präsentiert – Kaczyński war Aktivist der ersten freien Gewerkschaft Polens und Vertrauter von Lech Walesa –, war der Gegenwind seitens der Gewerkschaften



Foto: Omar Marques

besonders peinlich. Kaczyńskis Partei versuchte, die Proteste herunterzuspielen und als politisch motiviert darzustellen. Die Rechnung ging nicht auf, denn eine Mehrheit der Bevölkerung hielt laut Umfragen die Forderungen der Beschäftigten für legitim. „Dies ist die letzte Chance, den berechtigten Forderungen jener Beschäftigten nachzugehen, die dem Staat und den Menschen in Polen dienen“, hieß es kurz vor den Parlamentswahlen in einer gemeinsamen Erklärung der Protestteilnehmenden. „Ohne faire Gehälter für Beamte und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Stellen kann kein effizienter Staat existieren.“ ■

Zum Sattwerden in die Suppenküche: Unter der PiS-Regierung hat sich die soziale Lage in Polen zugespißt.

In der Abwärtsspirale

GROSSBRITANNIEN Beschleunigter Niedergang der Industrie, Personalmangel und Angriffe aufs Streikrecht – Rosa Crawford vom Gewerkschaftsdachverband TUC zieht eine Bilanz des Brexits.

Das Gespräch führte **Andreas Molitor** – Foto **Stuart Robinson**

Boris Johnson versprach den Briten bei seiner Brexitkampagne wirtschaftlich rosige Zeiten. Wie beurteilen die Gewerkschaften die Situation gut drei Jahre nach dem Austritt des Landes aus der Europäischen Union?

Die Regierung ist bisher absolut nicht in der Lage, die Auswirkungen des von ihr verantworteten Brexits auch nur annäherungsweise in positivem Licht darzustellen. Das würde ihr auch niemand abnehmen. Jeder, der hier lebt, bekommt die negativen Folgen des Austritts zu spüren, ganz konkret im täglichen Leben. Man wartet noch länger als früher auf eine Behandlung im Krankenhaus, es kommt zu Versorgungsengpässen und Lieferverzögerungen, bei Reisen ins Ausland steht man in langen Schlangen an, und der Niedergang der Industrie hat sich beschleunigt. Der Personalmangel vor allem in der Pflege und in der Landwirtschaft hat sich weiter verschärft, weil kaum noch Beschäftigte aus EU-Ländern nach Großbritannien kommen können.

Ist die Haltung zum Brexit unter den Beschäftigten dadurch gekippt?

Die Situation ist sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite sehen und spüren die Leute ganz klar, dass der Brexit bisher nur Nachteile gebracht hat. Trotzdem habe ich große Zweifel, ob ein neues Referendum jetzt eine andere Mehrheit ergeben würde. Viele sind desillusioniert, aber aus dieser Enttäuschung erwächst keine Bewegung für einen Wiedereintritt in die EU.

Wie ist das zu erklären?

Widersprüchliche Erfahrungen, Einstellungen und Handlungen befinden sich bei den Menschen sozusagen im inneren Widerstreit. Sie sehen zwar den Schaden, den der Brexit anrichtet, aber es fällt ihnen trotzdem schwer, eine Position zu verlassen, in die sie so viele Emotionen inves-



Die Kooperation zwischen den Gewerkschaften ist für uns die Nabelschnur zur EU.“

tiert haben. Die Brexitdebatte war ja nie eine über Fakten, sondern primär über Gefühle. Man hat den Menschen mit Erfolg eingeredet, dass nicht die neoliberale Politik der letzten vier Jahrzehnte an ihrer misslichen Lage Schuld ist, sondern die Mitgliedschaft in der EU.

Warum schenken denn viele Menschen dem Narrativ der Brexit-Befürworter immer noch Glauben?

Die Regierung versucht, sich nach Kräften herauszureden. In der Coronazeit hat sie die Verantwortung auf die Pandemie geschoben, das hat eine Zeit lang funktioniert. Das Problem ist, dass die Beschäftigten vor allem im öffentlichen Sektor und in den privaten Dienstleistungen schon vor dem Brexit zu immer schlechteren Bedingungen und niedrigeren Löhnen arbeiten mussten. Ausbeutung von Pflegekräften, von Arbeitern in der Landwirtschaft und Reinigungskräften war schon an der Tagesordnung, als das Land noch in der EU war. Der Brexit hat die Missstände weiter verschärft. Das verzerrt aber die Wahrnehmung vieler Menschen. Es ist sehr schwer, den Leuten zu vermitteln, dass ihre Lage sich durch den Brexit noch einmal verschlechtert hat. Sie hatten sich bereits an die Abwärtsspirale gewöhnt.

Hat der Brexit das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite verändert?

Auf jeden Fall. Die Regierung hat keinen Zweifel gelassen, auf wessen Seite sie definitiv nicht steht: auf der Seite der Beschäftigten. Die Streiks im Gesundheits- und Bildungswesen gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne hat sie umgehend zu einem fundamentalen Angriff per Gesetz auf das Streikrecht im öffentlichen Sektor genutzt. Ein kürzlich verabschiedetes Gesetz bestimmt, dass auch während eines Arbeitskamps eine Grundversorgung an Dienstleistungen ge-



Rosa Crawford ist als politische Referentin beim britischen Gewerkschaftsdachverband Trades Union Congress (TUC) verantwortlich für Recht, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie internationale Beziehungen.

währleistet sein muss, etwa im Gesundheitswesen, bei der Feuerwehr oder bei der Bahn. Streikwillige können unter Androhung von Kündigung zur Arbeit gezwungen werden.

Was hat das mit dem Brexit zu tun?

Der Zusammenhang ist doch klar: Nach dem Brexit braucht sich unsere Regierung keine Sorgen mehr zu machen, wegen eines solch klaren Verstoßes gegen geltendes EU-Recht vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt zu werden.

Erschwert der Brexit die Kooperation zwischen den britischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften in den EU-Ländern?

Im Gegenteil, die Kooperation ist wichtiger als je zuvor. Sie ist für uns sozusagen die Nabelschnur zur EU. Wir stehen nach wie vor in gutem und regelmäßigem Austausch, auch zum DGB. Außerdem entsendet die TUC Vertreter in ein Kontrollgremium, das die Einhaltung der zwischen der EU und Großbritannien getroffenen Handelsvereinbarungen überwacht – dazu gehören auch die Rechte von Beschäftigten. Wir pochen mit Nachdruck darauf, dass unsere Regierung sich an das Vertragswerk hält. Über den Angriff unserer Regierung auf das Streikrecht hat sich dieses Kontrollgremium bereits sehr besorgt gezeigt.

Hat sich die Perspektive auf Europa verengt?

Das ist leider so. In der Politik und auch in den Medien haben viele dieses unsägliche Narrativ der britischen Hybris übernommen, dass unser Land im Alleingang alles besser schafft. Das hat die politische Kultur vergiftet. Und selbst jetzt, wo jeder die Misere sieht, ist es unglaublich schwer, dieser Propagandafut etwas entgegenzusetzen.

Wenn der Weg zurück in die EU unrealistisch ist, welchen Ausweg sehen Sie?

Wir sehen – bei einem Regierungswechsel in Großbritannien – große Chancen für eine engere wirtschaftliche und soziale Verbindung unseres Landes mit der EU. Labour hat angekündigt, dass sie eine solche Strategie verfolgen würde, mit starkem Fokus auf dem Schutz der Rechte von Beschäftigten. Vielleicht könnte eine neue britische Regierung in einer solchen Partnerschaft auch ihr Gewicht geltend machen, damit die Arbeitnehmerrechte in Europa wieder stärker hochgehalten werden – gegen die starken neoliberalen Kräfte in der Union. Aber denken wir doch mal über Europa hinaus an das alpträumhafte Szenario mit Donald Trump, der wieder ins Weiße Haus einzieht: Da wird Großbritannien starke Verbündete brauchen – und die EU genauso. ■

Keine Angst vor Autoritäten

AUFSICHTSRAT Carsten Burckhardt, Arbeitnehmervertreter bei der STRABAG

Von Marius Ochs – Foto Frank Rumpenhorst

Carsten Burckhardt musste nicht lange überlegen, ob er sich gewerkschaftlich organisieren will. „Meine Mutter nahm mich schon als Kind mit auf Demos“, sagt er. Sie war Betriebsrätin bei der Deutschen Post und protestierte damals mit ihrem Sohn gegen die Privatisierung und Zerschlagung der Deutschen Post. Knapp 40 Jahre später schaut Aufsichtsrat Burckhardt dem Vorstand eines der größten europäischen Baukonzerne, der in Wien beheimateten Strabag, auf die Finger.

Mit 16 begann Burckhardt eine Ausbildung als Mess- und Regeltechniker in Bad Hersfeld. Der heutige DGB-Vorstand Stefan Körzell nahm ihn in die Gewerkschaft auf. „Stefan ist mein gewerkschaftlicher Ziehvater“, sagt Burckhardt. „Seit meinem Eintritt in die Gewerkschaft habe ich Bildungs- und Jugendarbeit erst für den DGB und später für die IG BAU gemacht. Ich wollte dann aber mein gewerkschaftliches ‚Hobby‘ zum Beruf machen und studierte Bildung, Gemeinwesen und Kulturarbeit.“ Burckhardts weitere Laufbahn zeugt von einem stetigen Aufstieg: erst Jugendbildungsreferent in Hessen, dann, 1998, Bundesjugendsekretär, zehn Jahre später Leiter der Region Westfalen. 2013 wurde Burckhardt in den IG BAU-Bundesvorstand gewählt und fast gleichzeitig in den Aufsichtsrat von Hochtief berufen.

Respekt und Wertschätzung von Menschen seien ihm besonders wichtig. „Egal ob Obdachloser in der Fußgängerzone oder DAX-Vorstand – jeder Mensch hat den gleichen Respekt verdient.“ Sich von Positionen, Ämtern oder Autoritäten beeindruckt zu lassen, liege ihm fern. Schon von einem Lehrer in der Gesamtschule bekam er das „goldene Fragezeichen“ verliehen. „Ich wollte einfach seinen Standpunkt nicht akzeptieren, biss mich fest und bohrte permanent nach“, sagt Burckhardt.

Seit Juni 2023 vertritt Carsten Burckhardt die Arbeitnehmerinteressen im Aufsichtsrat der Strabag, einer Aktiengesellschaft europäischen Rechts. Zu tun gibt es genug: Fachkräftemangel, Dekarbonisierung, Digitalisierung und die immensen Bauvolumen, die es zu bewältigen gilt. Strabag will bis 2040 klimaneutral sein, der Gewerkschafter wird diese Transformation und ihre Herausforderungen eng begleiten. Dabei blickt er positiv in die Zukunft, im Interview lacht er auch gerne unvermittelt und laut, gestikuliert bestimmt und erzählt, ohne ausschweifend zu werden.

Grund zur Sorge hat die Strabag derzeit nicht: Durch den Fokus auf die Infrastruktur ist die Auftragslage gut, von der Krise am Immobilienmarkt und bei den Projektentwicklern bleibt das Unternehmen bisher verschont. Das liegt auch an der hohen eigenen Fertigungsdichte. Bauaufträge werden von den fast 30 000 Beschäftigten zu über 90 Prozent im eigenen Konzern ausgeführt. Da passt es gut, dass Burckhardt seit dem Jahr 2020 im IG BAU-Vorstand für die gesamte Wertschöpfungskette der Bauwirtschaft zuständig ist – von der Rohstoffgewinnung über die Verarbeitung und den Bau bis zum Abriss. Auch privat ist er breit aufgestellt: Er ist leidenschaftlicher Camper, Mountainbiker und Borussia-Dortmund-Fan.

Eines ist dem Gewerkschafter am Schluss noch wichtig: Wer heute bei der größten Herausforderung, der Sicherung des Fachkräftebedarfs, erfolgreich sein wolle, der müsse Tarif zahlen, betriebliche Mitbestimmung leben und beim Arbeits- und Gesundheitsschutz glänzen. „Mit Stolz kann ich sagen, dass im Strabag-Konzern starke, selbstbewusste und erfolgreiche gewerkschaftliche Betriebsräte und Betriebsrätinnen die Interessen der Beschäftigten vertreten.“ ■





Schätzt Fairness: Waldemar van Heesch (links), Mitarbeiter in der Verpackung, mit Betriebsrat Robert Brückner (Mitte) und IG Metall-Sekretär Markus Friedel.

Yes We Canyon

KAMPAGNE Die IG Metall und der Koblenzer Fahrradhersteller Canyon haben den ersten Tarifvertrag in der bislang mitbestimmungsfernen Branche abgeschlossen.

Von Stefan Scheytt – Foto Karsten Schöne



Canyon hat in den letzten 20 Jahren strategisch immer das Richtige gemacht und steht heute zu Recht ganz oben.“

Markus Friedel, IG Metall-Sekretär aus Koblenz

Auf seiner Website versammelt der Koblenzer Fahrradhersteller Canyon in einer „Story Corner“ allerlei Geschichten: über packende Rennen, heldenhafte Radprofis, begeisterte Freizeitradler, bahnbrechende Innovationen – natürlich alles mit und auf Canyon-Rädern. Eine Geschichte jedoch, die viele Kunden mit ebenso großem Interesse lesen würden, sucht man vergebens: die Geschichte vom ersten Tarifvertrag in der deutschen Fahrradbranche. Ob die Vereinbarung zwischen der IG Metall und Canyon auf die Branche ausstrahlt, muss sich noch zeigen. Sicher ist indes: Gewerkschaft und Belegschaft sind zu Recht mächtig stolz auf diesen „historischen Schritt“.

Einer, der im Zentrum des Geschehens steht, ist der Koblenzer IG Metall-Sekretär Markus Friedel, der sich selbst einen Fahrradverrückten nennt, weil er früher zum Beispiel 24-Stunden- und Siebentagerennen fuhr. Schon deshalb war ihm Canyon ein Begriff, als er vor drei Jahren von der Position des Betriebsratsvorsitzenden bei einem großen Autozulieferer aus Neckarsulm zur IG Metall wechselte.

Tolle Produkte, schlechte Löhne

Wie Markus Friedel sprechen auch Canyon-Betriebsräte und -Beschäftigte sehr anerkennend über das Unternehmen, das rund 1400 Menschen beschäftigt und beim Umsatz in Richtung eine Milliarde Euro unterwegs ist: Sie betonen die gute Atmosphäre und die authentische Duz-Kultur, sie berichten, dass die Begeisterung fürs Fahrradfahren und fürs Produkt die junge Belegschaft stark verbinde. Vor allem die frühe Entscheidung, Fahrräder ausschließlich online zu verkaufen, habe das Unternehmen zu einem der Topanbieter weltweit gemacht.

Doch die Zufriedenheit bekam unübersehbare Risse, als die galoppierende Inflation viele Beschäftigte an die Wand drückte, während das Unternehmen vom Verkaufsboom der Coronajahre zehren konnte. „Lange Zeit wurde das niedrige Gehaltsniveau durch Leidenschaft fürs Produkt und fürs Unternehmen kompensiert“, sagt

der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Robert Brückner, „aber irgendwann merkt man, dass man davon keine Familie ernähren kann.“ Markus Friedel ergänzt: „Manche Mitarbeiter gingen für 40 Wochenstunden mit 2000 oder 2200 Euro brutto nach Hause. Einige hatten Nebenjobs, um über die Runden zu kommen.“

„Damit Menschen sich bewegen, müssen sie mit ihrer aktuellen Situation nicht mehr klarkommen“, lautet Friedels Merksatz. Er spürte, dass dieser Moment bei Canyon gekommen war, und überzeugte in einer Betriebsratsklausur Mitte 2022 die Kollegen, trotz eines gescheiterten Anlaufs vor wenigen Jahren erneut den Versuch zu wagen, Mitglieder für die IG Metall zu gewinnen und einen Tarifvertrag zu erkämpfen. „Ich hatte einen kleinen Kreis hochmotivierter Mitglieder im Betrieb. Nach einem sehr erfolgreichen Testballon im Lager konnten wir tatsächlich eine Lawine im Unternehmen auslösen“, so Friedel.

Bei ihrer Forderung nach einem Tarifvertrag verzichteten die Beschäftigten auf Warnstreiks. Stattdessen verbreiteten sie ihre Botschaft etwa auf einer Veranstaltung zum 1. Mai mit dem Bundeskanzler in Koblenz sowie auf diversen Radrennen und ließen durchblicken, dass auch die Tour de France eine Bühne sein könnte, ►



Foto: Canyon

Canyon-Räder genießen sowohl bei Freizeitradlern als auch bei Rennprofis einen guten Ruf. Vertrieben werden sie ausschließlich online.

Schwieriges Umfeld

Nach einem Boom während der Coronajahre sitzen jetzt viele Fahrradhändler auf vollen Lagern. In die Zukunft blickt die Branche dennoch hoffnungsvoll, denn Fahrräder und E-Bikes haben sich zu einem hochwertigen Mobilitäts- und Freizeitprodukt mit hohen durchschnittlichen Verkaufspreisen entwickelt. Umsatztreiber sind die im Schnitt 2950 Euro teuren E-Bikes (klassische Räder: 470 Euro). 2023 wurden erstmals mehr E-Bikes als klassische Räder verkauft.

► wenn sich Canyon nicht bewegen würde. Als „stärkste Waffe“ bezeichnet Friedel jedoch die Kampagnen-Website mit dem Namen www.yeswecanyon.de. 2023 griffen darauf mehr als 70 000 User weltweit zu, 7000 abonnierten den Newsletter. Friedel ist überzeugt, dass Canyon Respekt vor diesem Instrument hatte, und rät anderen: „Tariffbewegung in der Zweiradbranche muss vor allem in den sozialen Medien stattfinden.“

Mitbestimmung unerwünscht

Die Ausgangssituation bei Canyon ist typisch für die deutsche Zweiradbranche. Sie ist traditionell gewerkschafts- und mitbestimmungsfern. IG Metall-Sekretär Markus Friedel kennt nur drei größere Betriebe, die überhaupt einen Betriebsrat haben. In letzter Zeit, wohl ausgelöst durch die [yeswecanyon](http://www.yeswecanyon.de)-Kampagne, hätten ihn zwar einige Anfragen von Beschäftigten in anderen Unternehmen erreicht, eine Bewegung könne er jedoch noch nicht feststellen.

Nach monatelangen Verhandlungen im vergangenen Jahr gilt nun seit 2024 der neue Haustarifvertrag. Zu dessen Errungenschaften gehört das schrittweise Abschmelzen der Wochenarbeitszeit bis 2028 von 40 auf dann 37,5 Stunden. Weil Canyon schon 2023 auf den Druck reagierte und die Gehälter spürbar anhub – das Einstiegsgehalt in Montage und Logistik beträgt jetzt gut 2800 Euro –, ist der Lohneffekt durch den neuen Vertrag relativ moderat: Von diesem Mai an gibt es ein monatliches Zusatzgeld von 3,3 Prozent. Tariflich gesichert ist jetzt auch das erhöhte Weihnachtsgeld – je nach Betriebszugehö-

rigkeit zwischen 750 und 3250 Euro – sowie eine zusätzliche Inflationsausgleichspauschale in diesem Jahr von bis zu 1000 Euro. Zudem werden die Entgelte künftig an die Entwicklung der Flächentarife in der Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Pfalz gekoppelt.

Weitere Highlights sind die unbefristete Übernahme von Azubis und dual Studierenden sowie die in den Medien viel beachtete Menstruationsfreistellung: Seit diesem Jahr können sich Frauen an zwei Tagen im Jahr freistellen lassen, von 2025 an sind es vier Tage; zudem werden Periodenartikel kostenlos zur Verfügung gestellt. Zwei beziehungsweise vier zusätzliche Freistellungstage stehen den Beschäftigten nun auch für die Betreuung kranker Kinder und pflegebedürftiger Angehöriger zur Verfügung.

Das ist eine Menge Holz für einen „Einstieg in die Tarifwelt“, wie Betriebsrat Brückner und IG Metall-Sekretär Friedel erklären. Aber noch lange nicht das Ende: Bis Ende 2024 verpflichtet der Tarifvertrag zu weiteren Verhandlungen mit dem Arbeitgeber über ein Entgeltrahmenabkommen und einen Manteltarifvertrag. Waldemar van Heesch, gelernter Fensterbauer, der vor vielen Jahren über eine Zeitarbeitsfirma zu Canyon kam und heute als Koordinator in der Verpackungsschicht, sagt: „Ich bin sehr stolz auf das Erreichte. Ich bin stolz darauf, für ein so tolles, modernes Unternehmen arbeiten zu dürfen. Wenn man fair miteinander umgeht und bereit ist zu Kompromissen, kann man viel bewegen.“

Van Heesch leistete seinen Beitrag auch dadurch, dass er manche Kollegen von einer Mitgliedschaft in der IG Metall überzeugen konnte. Die Region Koblenz zählt jetzt so viele Mitglieder wie nie zuvor seit Bestehen der Geschäftsstelle. Ein Teil davon ist einer Gebietsreform geschuldet, ein anderer geht jedoch auf das Konto diverser Tarifabschlüsse und der erstmaligen Tarifbindung beim Fahrradhersteller Canyon. ■

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe „Praxistipp“ stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

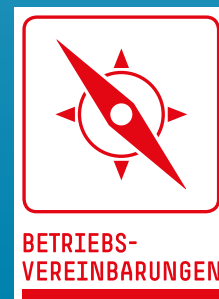
Digitaler Wandel kennt keine Landesgrenzen

Auf länderübergreifender Ebene haben Betriebsräte keine echten Mitbestimmungsrechte. Die Richtlinie der Europäischen Union sieht lediglich die Anhörung und Konsultation der Interessenvertretung vor. Dennoch konnten Euro- und Konzernbetriebsräte bei den Unternehmen Solvay und Unilever sowie dem Reisekonzern TUI europäische oder sogar globale Vereinbarungen abschließen, die den digitalen Wandel für alle Beschäftigten unabhängig vom Standort regeln.

Bei Unilever wollte der Euro-Betriebsrat die sozialen Folgen der Digitalisierung für alle Beschäftigten so weit wie möglich abmildern. Das Ziel: langfristige Beschäftigungssicherheit. Daher setzt das europäische Rahmenabkommen „Future of Work – Barcelona 2.0“ seit 2019 auf Umschulung und Weiterbildung und die Idee des lebenslangen Lernens. Dafür sieht die Vereinbarung vor, ein angemessenes Budget bereitzustellen. Das Abkommen federt nicht nur die Folgen des Wandels ab, es hat auch der Mitbestimmung auf europäischer Ebene einen Schub versetzt. Vor allem Beschäftigte in Ländern mit wenig Mitbestimmungsrechten ermöglicht der Rahmenvertrag mehr Beteiligung.

Auch beim Chemieunternehmen Solvay startete die Interessenvertretung auf europäischer Ebene, kam jedoch schnell zu dem Schluss, dass es eine globale Rahmenvereinbarung brauche. Die Digitalisierung verändert die Arbeit weltweit, von einem Abkommen auf europäischer Ebene hätten aber nur 40 Prozent der Konzernbeschäftigten profitiert. Die Einbeziehung von Beschäftigten und ihren Ideen bei Veränderungsprozessen hatte sich schon in früheren Projekten bewährt. Diese Erfahrung half dem Betriebsrat bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. So entstand eine globale Rahmenvereinbarung, die als Drehbuch für Betriebsrat und Management fungiert.

Einen Gleitschirm für die Digitalisierung baute der Konzernbetriebsrat des Reisekonzerns TUI. Die Digitalisierung ist in dem Unternehmen weit vorangeschritten. Standardfragen beantwortet der Algorithmus, die digitale Vernetzung ermöglicht Auslagerungen. Die Entwicklung hatte viele Beschäftigte verunsichert. Daher wollte die Interessenvertretung einen Rahmen schaffen, in dem sie die Entwicklung im Interesse der Beschäftigten lenken kann. Auf Basis von newWork@TUI entstand schließlich eine Zukunftssicherungsvereinbarung. ■



Alle Fallstudien zum Nachlesen unter: **Mitbestimmte digitale Transformation – vom Konzept bis zum globalen Rahmenvertrag**. Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (imu-boeckler.de)

Weitere Fragen an: betriebsvereinbarung@boeckler.de

„Machen, was machbar ist“

PREISTRÄGER Der Gemeinschaftsbetriebsrat des schwäbischen Sozialunternehmens KBF erhielt beim Betriebsräte-Preis 2023 den Sonderpreis „Innovative Betriebsratsarbeit“.

Von **Stefan Scheytt** – Foto **Thomas Kienzle**

Der große Wurf, findet Timo Heimberger, wäre es, das Betriebsverfassungsgesetz umzuschreiben, und zwar so, dass Betriebsräte beim Thema Nachhaltigkeit endlich substantiell mitbestimmen könnten. Das wäre ganz auf der Linie des DGB, der schon 2022 einen Reformentwurf präsentierte, der das Gesetz modernisieren und abhängig Beschäftigten mehr Einfluss bei der sozialökologischen Transformation geben würde. Daraus ist bekanntlich noch nichts geworden, weshalb Heimberger, Betriebsratschef beim Sozialunternehmen KBF, und seinen 16 Kollegen nur die Möglichkeit einer freiwilligen Betriebsvereinbarung (BV) blieb. „Man kann kritisieren, dass da wenig Hartes drinsteht“, sagt Heimberger, „aber es ist ein Anfang gemacht: Wir haben Strukturen dafür geschaffen, dass Geschäftsführung und Arbeitnehmervertreter Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen nun dauerhaft bearbeiten können.“

Die gemeinnützige KBF im schwäbischen Mössingen betreibt mit 1600 Beschäftigten rund 80 Einrichtungen in drei Landkreisen, von der integrativen Kita bis zum Altenheim und zu Wohnhäusern für Erwachsene mit Behinderung. Da die Mittel dafür überwiegend aus Vergütungssätzen von Landkreisen und Sozialkassen stammen, ist der Spielraum etwa für Investitionen in die energetische Sanierung der vielen Gebäude begrenzt. Umso wichtiger sei es, mithilfe der Be-

triebsvereinbarung dort Veränderungen anzustoßen, wo es Spielräume gebe, sagt Heimberger. Der Sonderschullehrer studierte berufsbegleitend Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und ist politisch für die Grünen aktiv. In der KBF ist er eine der treibenden Kräfte für das Thema und brachte vor einigen Jahren den Nachhaltigkeitsausschuss auf den Weg.

Der jüngste Vorstoß der Arbeitnehmervertretung ist nun die freiwillige Betriebsvereinbarung. Darin sind unter anderem regelmäßige Gespräche des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung oder dem Referat Bauwesen verankert; vereinbart ist außerdem, dass sich die Beschaffung auch an ökologischen Kriterien orientieren muss, dass intern einschlägige Fortbildungen angeboten werden oder dass Beschäftigte über eine Mail-Adresse Verbesserungsvorschläge einreichen können, die geprüft und gegebenenfalls honoriert werden. Bei Gebäudesanierungen oder Neubauten sollen nachhaltige Lösungen bevorzugt, der riesige Fuhrpark Auto für Auto verbrennerfrei gemacht werden.

Was die seit Sommer 2022 gültige Betriebsvereinbarung konkret bewirkt, ist nicht trennscharf zu benennen, weil viele Ideen auch schon vorher in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutiert wurden. Durch die Vereinbarung bekomme Nachhaltigkeit nun aber eine höhere Dringlichkeit, meint Betriebsrats-Vize Gernot

Strasser: „Die Themen werden jetzt automatisch mitgedacht.“ So prüft die Verwaltung derzeit, ob sich genügend KBF-Einrichtungen an einem Projekt beteiligen, bei dem eine kirchliche Stiftung Windeln aus der Alten- und Behindertenhilfe verbrennt und damit CO₂-sparend ihr Wärmenetz betreibt. Auch dass die drei großen KBF-Küchen, die täglich Tausende Essen kochen, einen Veggie-day eingeführt haben, sei schon länger diskutiert, nun aber umgesetzt worden. Ausgerangerte Möbel und andere Gegenstände im zentralen Lager sollen auf einer digitalen Plattform katalogisiert werden, was für mehr Wiederverwertung sorgt.

Man sei sehr gern auf die Idee des Betriebsrats für eine Betriebsvereinbarung eingegangen, ver-

sichert Wolfgang Welte, einer von drei Geschäftsführern. Natürlich leisten Photovoltaikanlagen auf KBF-Dächern oder Nahwärmenetze zwischen den KBF-Gebäuden einen größeren Beitrag zur Reduktion des CO₂-Fußabdrucks, deshalb dürfe man die Wirkung der Betriebsvereinbarung jedoch nicht unterschätzen: „Durch sie kommen die Themen immer wieder auf den Tisch – im Unternehmen und bei jedem Einzelnen. Sie spricht alle Beschäftigten an und wirkt bis ins Private hinein: Man denkt dadurch anders über das Thema nach“, sagt Strasser. Fast wortgleich formuliert es Betriebsratschef Heimberger: „Das Wirkmächtigste der BV ist, dass sich eine andere Geisteshaltung etabliert. Und wir tragen dazu bei, dass das, was machbar ist, auch gemacht wird.“ ■

Die neue Betriebsvereinbarung verankert Nachhaltigkeit fest in der Unternehmenskultur der KBF.





„Das HSI denkt nach vorne“

ARBEITSRECHT Ernesto Klengel, der neue Wissenschaftliche Direktor des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeits- und Sozialrecht (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung, erklärt, was ihn zum Jurastudium brachte – und was sein Institut von anderen unterscheidet.

Das Gespräch führten **Kay Meiners** und **Fabienne Melzer** – Fotos **Stephen Petrat**

Wie fühlt es sich an, ein Institut zu übernehmen?

Das HSI ist mir ja vertraut, wenn auch in einer anderen Rolle. Trotzdem ist es ein großer Schritt, die Verantwortung zu übernehmen, der mir aufgrund der Unterstützung aus dem Institut und aus meinem Umfeld leichtgefallen ist. Auch aufgrund der Arbeit meiner Vorgängerin Johanna Wenckebach habe ich beste Ausgangsbedingungen vorgefunden. Es gilt, daran anzuknüpfen. Ich habe mir vorgenommen, an einigen Stellschrauben zu drehen und das Team in der veränderten Zusammensetzung weiterzuentwickeln und ihm zu neuen Erfolgen zu verhelfen. Das HSI bietet großartige Möglichkeiten, Fragen aufzuwerfen, die das Arbeitsrecht in Zukunft prägen werden, denken wir an die Veränderungen, die mit dem Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt einhergehen, neue Formen prekärer Arbeit etwa in der Plattformwirtschaft oder die aktuell intensiv diskutierte Frage der Betriebsratsvergütung.

Wie kamen Sie dazu, Jura zu studieren?

Es lief eigentlich alles auf ein naturwissenschaftliches Studium hinaus, meine Lehrerinnen hatten mir die Physik ans Herz gelegt, aber ich habe mich für Jura entschieden, weil das aus meiner Sicht mehr gesellschaftliche Relevanz hatte. Um das zu verstehen, muss man sich die Umstände vor Augen führen: Ich habe meine Zeit in der Schule als schöne, aber politisch verunsicherte Zeit erlebt. Es gab in der Nachwendezeit in Sachsen Massenarbeitslosigkeit und ein starkes Befremden über die politischen Verhältnisse, das

bei vielen mit konservativen Positionen einherging. Mir war es wichtig, mich zu engagieren: Als Schülersprecher habe ich Themen wie den Irakkrieg oder Kürzungen im Bildungsbereich auf die Tagesordnung gesetzt, die Hartz-Reformen haben mich empört, aber auch die Nazi-Szene – Teile Sachsens waren als „national befreite Zonen“ bekannt. Im Jurastudium war dann das Lebendige am Recht ziemlich versteckt – ich habe es aber gefunden, etwa bei einem Praktikum in der gewerkschaftlichen Rechtsberatung. Auch zu Betriebsversammlungen bin ich mitgenommen worden.

Was unterscheidet das HSI von anderen rechtswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen?

Wir sind ein Institut, das nach vorne denkt. Das funktioniert, weil wir eine Vermittlerrolle zwischen der Grundlagenwissenschaft im Arbeits- und Sozialrecht und der Praxis einnehmen. Schon zu Zeiten von Hugo Sinzheimer, dem Mitbegründer des Arbeitsrechts, sind die Innovationen des Arbeitsrechts in den Kollektivverträgen entstanden und wurden dann ins Gesetzesrecht übernommen. Mit dieser recht einzigartigen Perspektive sind wir dicht an den aktuellen Trends dran, etwa beim Thema KI oder bei der Sicherung von Arbeitsstandards in Lieferketten, aber auch mit dem Entwurf für ein modernes Betriebsverfassungsrecht. Darin ist eine „Demokratiezeit“ enthalten, die im Rahmen der Arbeitszeit Raum für den Austausch über Angelegenheiten des Betriebs bietet. Der ►

► Vorschlag, einen Rechtsanspruch darauf zu verwirklichen, wurde anfangs belächelt. Jetzt ist er hochaktuell und wird in ersten Betrieben praktiziert, wenn auch nicht auf der Grundlage des Betriebsverfassungsrechts. Zudem kann das HSI stärker interdisziplinär arbeiten als universitäre Institute. Die Zusammenarbeit mit den Expertinnen und Experten der anderen Institute der Hans-Böckler-Stiftung bietet die Möglichkeit, die ökonomischen und sozialen Aspekte des Rechts miteinzubeziehen – das ist in der Wissenschaftslandschaft einzigartig.

Derzeit wird intensiv über Veränderungen im Arbeitsrecht diskutiert. Woher entsteht der Druck, das Recht zu modernisieren?

Der aktuelle Reformdruck ergibt sich aus der starken Veränderungsdynamik in der Arbeitswelt, etwa im Zusammenhang mit Digitalisierung und mobiler Arbeit, die zu Entgrenzung und zur Auflösung der Betriebsstrukturen führen. Diese Entwicklung bereitet vielen Beschäftigten große Sorgen. Dabei gerät aus dem Blick, dass die Veränderungen in der Arbeitswelt auf menschlichen Entscheidungen beruhen und nicht auf der bloßen Anwendung von Technik. Ich sehe die aktuelle Unzufriedenheit auch als eine Folge dieser diffusen Fremdbestimmung am Arbeitsplatz.

Wie sollte das Recht angepasst werden?

Aktuell sehen wir, dass die Unternehmen die Digitalisierung nutzen, um wirksame Interessenvertretungen zu erschweren. Das Recht muss darauf reagieren: Wenn der Arbeitgeber schwer greifbar ist und die Arbeitsanweisungen von einer App kommen, dann müssen die Beschäftigten eben darüber mitbestimmen, welche App wie eingesetzt wird. Es gibt hier bereits Mitbestimmungsrechte, die allerdings konsequent genutzt werden müssen –, aber auch Lücken im Gesetz, insbesondere dort, wo keine personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Und die vorhandenen Rechte greifen oft viel zu spät. Die Betriebsstruktur muss vom Ziel des Gesetzes her gedacht werden, das darin besteht, Mitbestimmung zu gewährleisten. Und Interessenvertretungen müssen geschützt werden.

Gibt es Innovationen in den Betrieben, an denen Reformen anknüpfen können?

Ja. Wir sehen zum Beispiel immer mehr Betriebsvereinbarungen mit prozeduralen Lösungen, etwa mit Testläufen, Ampelsystemen und Evaluationen. Doch um Rahmenvereinbarungen zu erzwingen, die die Grundlage für solche Prozessvereinbarungen bilden, ist das Gesetz heute noch nicht gut aufgestellt. Das geht noch immer nur mit der Zustimmung des Arbeitgebers.



Ernesto Klengel

Der Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung hat Ernesto Klengel am 14. März zum wissenschaftlichen Driektor des Hugo-Sinzheimer-Instituts (HSI) bestellt, das er seit Anfang des Jahres kommissarisch geleitet hat. Er ist seit 2019 am HSI tätig. Klengel lehrt an der University of Labour und der Europäischen Akademie für Arbeit in Frankfurt am Main. Nach dem Jurastudium an der Humboldt-Universität Berlin und dem juristischen Vorbereitungsdienst in Essen hat er am Center for Interdisciplinary Labour Law Studies der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) promoviert und an der Universität Duisburg-Essen geforscht und gelehrt. Auf die Frage, welche Bücher ihn inspiriert haben, nennt er „Mit Recht gegen die Macht“ des Menschenrechtsanwalts Wolfgang Kaleck und „No Logo“ von Naomi Klein. Klengel wurde 1986 in Zwenkau geboren; er wuchs in Dresden und Riesa auf. Er ist ehrenamtlicher Richter und Mitglied des Aufsichtsrats einer kommunalen Wohnungsgesellschaft.

Im Juni wird das Europaparlament gewählt.

Wie steht es um die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, EuGH? Wie arbeitnehmerfreundlich ist sie?

Mal so, mal so. Vor dem EuGH wird es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer dann problematisch, wenn eine rechtliche oder soziale Frage unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftsrechts verhandelt wird. Einfach weil im Europarecht die wirtschaftlichen Freiheiten ein großes Gewicht haben. Dann stärkt der Gerichtshof meist die Rechte der Unternehmen. Andererseits sehen wir aktuell die erfreuliche Entwicklung, dass die Rechtsakte auf dem Gebiet der Sozialpolitik in der EU ernster genommen werden als noch vor einigen Jahren – besonders im Individualarbeitsrecht und wenn es darum geht, den europäischen Richtlinien Wirksamkeit zu verschaffen. Die Entscheidung zur Arbeitszeiterfassung ist ein Beispiel dafür. Die Möglichkeiten, die sich bieten, um das Recht fortschrittlich weiterzuentwickeln, sollten genutzt werden, ohne die politische Dimension aus den Augen zu verlieren.

Wie steht es um das Bundesarbeitsgericht?

Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ist ziemlich pfadabhängig. Das heißt, dass sich das Gericht stark auf die bisherige Rechtsprechung und die bereits entwickelten Grundsätze bezieht. Auch hier sorgt aber das Unionsrecht für Bewegung.

Wo sehen Sie derzeit Gefahren?

Problematisch ist die Rechtsprechung vor allem beim Kündigungsschutz. Es sind vermeintliche Kleinigkeiten, die große Auswirkungen für die Prozessführung haben. Etwa wenn die aktuelle Rechtsprechung die Obliegenheiten für gekündigte Beschäftigte verschärft, sich während des Kündigungsschutzprozesses um eine neue Stelle zu bemühen, weil sie ansonsten keinen Lohn mehr bekommen. Arbeitgeber nutzen das, um mithilfe von KI-gestützten Systemen den gekündigten Beschäftigten Stellenanzeigen nachzuweisen, die nur formal in Betracht kommen. Bewerben sich diese nicht, wird der Lohn gekürzt. Zum anderen wurde es Arbeitgebern zuletzt erleichtert, AU-Bescheinigungen anzuzweifeln, wovon sie in den Kündigungsschutzverfahren verbreitet



Vor dem EuGH wird es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer dann problematisch, wenn eine rechtliche oder soziale Frage unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftsrechts verhandelt wird.“

Gebrauch machen. Auch beim Schutz vor Massenentlassungen zeichnen sich Verschlechterungen ab. Umso wichtiger ist es, auf diese Entwicklungen, die unseres Erachtens rechtlich auf schwachen Füßen stehen, zu reagieren.

Wie schauen Sie in die Zukunft?

Aktuell bereitet mir das Erstarken der politischen Rechten große Sorgen. Sie tun so, als ob sie für soziale Interessen eintreten und für die Werktätigen da sind. Tatsächlich können sie ihre Missachtung und ihre Feindseligkeit gegenüber demokratischen Strukturen im Betrieb, an denen alle Beschäftigten teilhaben, nur notdürftig verbergen. Ich befürchte, dass in den nächsten Monaten und Jahren diejenigen, die für die Grundgedanken des Arbeits- und Sozialrechts einstehen, in die Defensive geraten könnten. Wir sehen bereits, dass gegen Teile des Sozialstaats polemisiert wird mit dem Argument, dass dieser ja nur den Zugewanderten nützen würde. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir später auch Angriffe aufs Arbeitsrecht und auf Gewerkschaftsrechte erleben werden. Wir müssen sehr wachsam sein.

Die technische Entwicklung bietet an sich Möglichkeiten für zahlreiche Verbesserungen im Arbeitsleben – die Frage ist immer, in wessen Interesse sie eingesetzt wird. Mit dem Entwurf für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz ist ein guter Anfang gemacht, die Stimme der Beschäftigten zu stärken. Es ist wichtig, dieses Konzept im Austausch weiterzuentwickeln, populär zu machen und auf andere Bereiche zu übertragen. ■

Ein Erfolgsmodell

GESCHICHTE 1949 trat das Tarifvertragsgesetz in Kraft. Eine kleine Zeitreise durch 75 Jahre deutscher Tarifpolitik

Von Reinhard Bispinck

Für Hans Böckler lagen die Lehren aus der Nazidiktatur klar auf der Hand: „Nur durch eine lebendige soziale Ordnung“, schrieb der erste DGB-Vorsitzende im Dezember 1950 an Bundeskanzler Konrad Adenauer, könne „der Vermassung und dem Totalitarismus Einhalt geboten werden“. Dringend notwendig für die Demokratie in Deutschland sei „die Einführung demokratischer Grundsätze in der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung“. Auf einen Meilenstein beim Weg in diese Richtung konnte Böckler bereits verweisen: Anderthalb Jahre zuvor, am 22. April 1949, war das Tarifvertragsgesetz in Kraft getreten. Es ist bis heute in seinen Grundzügen unverändert geblieben und definiert den rechtlichen Rahmen für Tarifverhandlungen und Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden.

Tarifverträge gelten zwingend und unmittelbar. Abweichungen sind nur zulässig, wenn sie durch den Tarifvertrag gestattet sind oder Regelungen zugunsten der Arbeitnehmer enthalten. Gemeinsam mit der im Artikel 9 des Grundgesetzes verankerten Koalitionsfreiheit bildet das Tarifvertragsgesetz den stabilen rechtlichen Rahmen der Tarifpolitik. Um Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen wurde in den vergangenen Jahrzehnten verhandelt und auch gestritten (siehe ausgewählte Stationen rechts). In Ostdeutschland gelang der Aufbau neuer Tarifstrukturen. Auf die Blütezeit folgte seit den 1990er Jahren die konservative Kritik an den vermeintlich verkrusteten Strukturen des „Tarifkartells“. Der Flächentarifvertrag geriet in die Krise, gesetzliche Eingriffe konnten jedoch abgewehrt werden. In den 2010er Jahren gab es auch wieder Erfolge, die Reallöhne stiegen kräftig. Das Mindestlohngesetz von 2015 brachte erstmals eine gesetzliche Lohnuntergrenze und unterstützte auch die Tarifpolitik in den Niedriglohnsektoren.

Ein Problem bleibt: Immer weniger Menschen arbeiten heute mit Tarifvertrag. Dagegen startete der DGB im vorigen Herbst die Kampagne „Tarifwende“: „Wir fordern die Arbeitgeber auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht zu werden und mit uns gemeinsam Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu verabreden“, wirbt die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi für eine Rückkehr zur Tarifbindung. Mit Tarifvertrag gebe es „mehr Geld, mehr Jobsicherheit, mehr Freizeit, mehr Lebensqualität in schwierigen Zeiten“.

Reinhard Bispinck leitete von 1989 bis 2017 das WSI-Tarifarchiv.

Foto: bpk / Hilmar Pabel



1949

Die Trümmerlandschaft des Zweiten Weltkrieges spiegelt sich symbolträchtig in der Geburtsstätte des Tarifvertragsgesetzes. Der Wirtschaftsrat der Bizone, der in einem Seitenflügel der Frankfurter Börse residiert, beschließt das Gesetz am 9. April, noch vor der Gründung der Bundesrepublik. Es ist das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen Briten und Amerikanern, der Arbeitsverwaltung sowie den neu gegründeten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. In den anschließenden Jahren des „Wirtschaftswunders“ nutzen die Gewerkschaften die Möglichkeiten des Gesetzes. Es gelingt ihnen, in Tarifverhandlungen und mit Streikunterstützung deutlich höhere Löhne durchzusetzen. Bei den Arbeitskämpfen geht es auch um sozialpolitische Themen, etwa beim Streik um die Lohnfortzahlung 1956/57. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre sind die Verkürzung der Arbeitszeit und die Fünftagewoche („Samstags gehört Vati mir“) vorrangige Ziele der Tarifpolitik.



Foto: Picture Alliance / dpa

1974

Die Harmonie täuscht: ÖTV-Chef Heinz Kluncker und Innenminister Hans-Dietrich Genscher gönnen sich beim legendärsten Tarifkonflikt der Nachkriegsgeschichte nichts. Die ÖTV streikt bundesweit drei Tage und siegt auf ganzer Linie. Die „Kluncker-Runde“ endet mit Lohnerhöhungen von elf Prozent – bei sieben Prozent Inflation. In den 1960er Jahren haben niedrige Abschlüsse zu Unzufriedenheit der Beschäftigten und spontanen Streiks geführt. In den 1970ern gewinnt neben der Lohnpolitik auch die qualitative Tarifpolitik an Gewicht. Der von der IG Metall 1973 durchgesetzte Lohnrahmentarifvertrag II mit Mindesttaktzeiten und Erholpausen gilt als Musterbeispiel für eine auf die Humanisierung der Arbeit ausgerichtete Tarifpolitik.



Foto: Picture Alliance / dpa

1984

Der Streikhelder, der im Mai 1984 bei Daimler in Sindelfingen die Streikzeitung der IG Metall verteilt, wird die härteste Tarifausschüttung in der Geschichte der Bundesrepublik wohl nie vergessen. Die Metallarbeiter streiken für den Einstieg in die 35-Stunden-Woche, die Arbeitgeber antworteten mit der Ausspernung von 500 000 Beschäftigten. Die Arbeitszeitpolitik steht in diesen Jahren im Zentrum gewerkschaftlicher Tarifpolitik. 1987 und 1990 gelingt in der Metall- und in der Druckindustrie die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden bis zum Jahr 1995. In den 1990er Jahren ist die Tarifpolitik geprägt von den Verwerfungen der deutschen Einheit und der scharfen Rezession 1992/93. Die Globalisierung der Wirtschaft übt Druck auf die Tarifverträge aus. Ein erster Rückgang bei der Tarifbindung ist bereits spürbar.

2024

Das Jahr 2024 wird vielen Bürgern als das Jahr der geplatzten Reisepläne in Erinnerung bleiben: Lokführer, Bus- und U-Bahn-Fahrer, Flugbegleiter und das Flughafen-Bodenpersonal – sie alle verliehen ihrer Forderung nach kräftigen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen mit Streiks Nachdruck. Die Folgen der Coronapandemie, die gestiegene Inflation, der wirtschaftliche Einbruch infolge des Ukrainekrieges und die Transformation der Wirtschaft fordern die Tarifpolitik seit Beginn der 2020er Jahre. Angesichts historisch einmaliger Reallohneinbußen stellen die Gewerkschaften deutlich höhere Lohnforderungen. Das Tarifklima ist rauer geworden, die Zahl der Arbeitskämpfe gestiegen. Aus den Reihen von Union und FDP mehren sich bereits Forderungen nach einer Einschränkung des Streikrechts.



Foto: Vario Images

STIFTUNG

Die Alma Mater: Nicht zukunftsfähig

BILDUNG Über Defizite und soziale Schiefen an Hochschulen diskutierten die rund 100 Teilnehmenden aus Wissenschaft, Forschung, Studium und Gewerkschaften bei der 12. GEW-Wissenschaftskonferenz in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung.

Foto: Kay Herschelmann



Nur noch gut jeder zehnte Studierende lebt heute von BAföG.

fast 50 Prozent der Studierenden BAföG bezogen, das als Vollzuschuss daher kam, bekommt es heute kaum mehr jeder zehnte (11,7 Prozent), und die Hälfte muss zurückgezahlt werden. Dabei ist die Studienfinanzierung eine wesentliche Stellschraube, um junge Menschen an die Hochschulen zu locken: „Wir wissen, dass die Aufnahme von Darlehen ebenso wie Studiengebühren Kinder aus einkommensschwachen Schichten massiv abschrecken“, erklärte der Politikwissenschaftler Julian Garritzmann von der Goethe-Universität Frankfurt am Main und: „Je mehr Stipendien, desto besser.“ Als nicht vorteilhaft wurde bei der Konferenz auch genannt, dass nicht alle Begabtenförderwerke bei der Auswahl der Geförderten so stark auf sozialen Ausgleich achten wie die Hans-Böckler-Stiftung.

Die Lage sogenannter First-Generation Students, die als Erste in ihrer Familie eine Hochschule besuchen, stand bei der GEW-Wissenschaftskonferenz oft im Fokus. Denn diese haben auch laut Studien stets das Gefühl, immer 120 Prozent geben zu müssen – was sie natürlich oft nicht schaffen. In der Folge nehmen sie seltener ein Studium auf und brechen, wenn sie eins beginnen, dieses häufiger ab. Auf dem Weg zu einem möglichen Arbeitsplatz in der Wissenschaft gehen dann bis auf wenige Ausnahmen fast alle verloren: Bei Promotionen liegt das Verhältnis von Akademiker- zu Arbeiterkindern bei zehn zu eins. Ausführlicher Bericht auf boeckler.de

Von Jeannette Goddar

Eine Konferenz in Bremerhaven ist für Claudia Bogedan quasi ein Heimspiel: Sechs Jahre war sie Bildungssenatorin in Bremen, bevor sie 2021 die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung übernahm. „Ich stand sozusagen auf der dunklen Seite der Macht“, scherzte sie bei der Eröffnung der 12. GEW-Wissenschaftskonferenz, die in diesem Jahr in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung stattfand. Um dann darauf hinzuweisen, dass ihre Anreise wie die vieler anderer holprig verlief: Ein Stahlgewölbe unter der A 27 ist so stark korrodiert, dass diese über Wochen voll gesperrt ist. Claudia Bogedan nahm es als trauriges Symbol: „Nicht nur die Verkehrsinfrastruktur ist katastrophal vernachlässigt. Die schwarze Null droht Deutschland auch in der Bildung abzuhängen.“

Drei zentrale Gründe: Die knappen Kassen könnten zum „Genickbrecher“ im Wettbewerb öffentlicher gegen profitorientierte private Hochschulen werden. Eine offene

Gesellschaft benötige einen „starken Sozialstaat, der Teilhabe und Aufstieg durch Bildung ermöglicht“. Und mit Blick auf den Konferenztitel „Hochschule 2030 – Alma Mater in der Transformation“: „Unterausgestattete Hochschulen können keine angemessene Antwort auf den Fachkräftemangel geben.“ Der stellvertretende Vorsitzende und Hochschulexperte der GEW Andreas Keller ergänzte: „Hochschulen müssen sich auch selbst transformieren. So, wie sie sind, sind sie nicht zukunftsfähig.“

In der gesamten Bandbreite wurde Deutschlands höchsten Bildungsstätten Rückständigkeit attestiert. Besonders erschütternd: Vom Investitionsstau über hierarchische Strukturen bis zu schlechten Studien- und prekären Arbeitsbedingungen stimmt schon das Fundament nicht.

Bereits bei der Finanzierung des Studiums verläuft die Entwicklung gegenläufig zum Bedarf. Während in den 1970er Jahren

STUDIENFÖRDERUNG

Dworczyk erhält Gottfried Brockmann Preis

Der Künstler und Böttcher-Stipendiat Mateusz Dworczyk wurde von der Stadt Kiel mit dem Gottfried Brockmann Preis ausgezeichnet. Bis Mitte Februar stellte die Stadtgalerie Kiel eine Installation von Dworczyk aus, die von Künstlicher Intelligenz erzeugte Körper zeigt. „Ich konzentriere mich auf die Systemfehler“, sagt Dworczyk. Er fotografierte Tänzerinnen und Tänzer und ließ die Fotos von einem Algorithmus nachbauen. „Maschinen haben keine Objektpermanenz; eine Hand in Bewegung verschwindet dann.“ Dworczyk verfeinert diese Fehler und stellt sie aus, „um die Maschine zu entzaubern“. Nach seinem Realschulabschluss absolvierte er eine Ausbildung zum Fotodesigner und holte das Abitur nach. Über das Handwerk kam Dworczyk zum Fotografiestudium, das er 2022 abschloss. Heute arbeitet er als freischaffender Künstler in Salzburg. ■

Foto: Ulf Dahl/Kieler Nachrichten



HSI

Auszeichnung mit DFH-Dissertationspreis

Foto: Franziska Schäfer



Amélie Sutterer-Kipping, wissenschaftliche Referentin am Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht (HSI), ist für ihre Doktorarbeit „Der portage salarial – eine neue Beschäftigungsform für Solo-Selbstständige?“ mit dem Dissertationspreis 2024 der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) ausgezeichnet worden. Die Preisverleihung fand in Paris statt. Der Portage Salarial wurde in Frankreich entwickelt und

verspricht einen vollumfänglichen Einbezug der Solo-Selbstständigen in das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Sutterer-Kipping hat das Konzept auf den Prüfstand gestellt und untersucht, inwieweit es mit dem deutschen Recht kompatibel ist, welche gesetzgeberischen Weichenstellungen für eine Übernahme erforderlich wären und ob das Konzept tatsächlich zur Lösung der Probleme ertragsschwacher Solo-Selbstständiger beitragen kann. ■

KURZ GEMELDET

Neu bei den WSI-Mitteilungen

Foto: Lesley Cook Photography



Neva Löw arbeitet seit Februar in der wissenschaftlichen Redaktion der WSI-Mitteilungen. Die Politikwissenschaftlerin hat an der Universität Kassel promoviert und international vor allem zu Arbeitsbeziehungen, Gewerkschaften und Migration geforscht. Bevor sie ihre Stelle beim WSI übernahm, war sie in der Forschungsförderung der Stiftung sowie im Europabüro des Österreichischen Gewerkschaftsbunds tätig. ■

hungen, Gewerkschaften und Migration geforscht. Bevor sie ihre Stelle beim WSI übernahm, war sie in der Forschungsförderung der Stiftung sowie im Europabüro des Österreichischen Gewerkschaftsbunds tätig. ■

Kommunikationsexpertin

Foto: privat



Seit Februar unterstützt Annie Münzberg das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) als Referentin für strategische Kommunikation und Transfer. Nach dem Abschluss ihres Studiums in Kommunikationsmanagement hat sie bereits Erfahrungen im Transfer gesammelt – unter anderem bei großen Forschungsorganisationen wie Fraunhofer oder beim Deutschlandradio in Köln.

ums in Kommunikationsmanagement hat sie bereits Erfahrungen im Transfer gesammelt – unter anderem bei großen Forschungsorganisationen wie Fraunhofer oder beim Deutschlandradio in Köln.

Neue Juristin beim I.M.U

Foto: Wilhelm Juenger



Ebenfalls neu angefangen beim Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) hat Susanne Knotz. Seit März ist sie Referentin für die Bereiche Unternehmensrecht und Corporate Governance. Zu ihren Aufgaben zählt die Beratung von Aufsichtsratsmitgliedern. Zuvor war Knotz im Verdi-Bezirk Aachen-Düren-Erft beschäftigt und hat Mitglieder im Individualarbeitsrecht und Sozialrecht beraten. Dem ging eine Tätigkeit beim DGB-Rechtsschutz voraus. ■

nance. Zu ihren Aufgaben zählt die Beratung von Aufsichtsratsmitgliedern. Zuvor war Knotz im Verdi-Bezirk Aachen-Düren-Erft beschäftigt und hat Mitglieder im Individualarbeitsrecht und Sozialrecht beraten. Dem ging eine Tätigkeit beim DGB-Rechtsschutz voraus. ■

Thema: Europa

STIFTUNG Wie entwickelt sich die EU politisch und ökonomisch? Welchen Gefahren ist sie als Wertegemeinschaft ausgesetzt? Und wie entwickelt man den Staatenbund gerecht, sozial und ökologisch weiter? Überall in der Stiftung wird an diesen Fragen gearbeitet.

Von **Kay Meiners**

ANDREW WATT leitet das Referat Europäische Wirtschaftspolitik. Er forscht vor allem zur „Economic Governance“ des Euro-raums, zur Interaktion von Lohn- und makroökonomischer Politik sowie zum sozialen Europa.



CHRISTOPH PAETZ forscht im Referat Steuer- und Finanzpolitik am IMK zur Reform der europäischen Fiskalregeln und auch zum europäischen wirtschaftspolitischen Rahmen.



SEBASTIAN WATZKA forscht zur europäischen Makroökonomie, zur Geld- und Fiskalpolitik, zu Konjunkturanalysen sowie zu Finanzmärkten und Finanzkrisen.



ANDREAS HÖVERMANN analysiert in einem vergleichenden Umfrageprojekt zur EU-Wahl in elf europäischen Ländern den Einfluss von Mitbestimmung und Demokratie am Arbeitsplatz auf rechtspopulistische Einstellungen und Parteipräferenzen.



SILKE TOBER ist die Expertin für Geldpolitik am IMK. Sie arbeitet unter anderem zum geldpolitischen Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB) und erforscht, wie sich Zinserhöhungen auf Konjunktur, Beschäftigung und Klimaziele auswirken.

DANIEL SEIKEL ist Referent für europäische Politik am WSI. Er befasst sich mit der europäischen Wirtschafts- und Sozialintegration. Zurzeit forscht er zur Umsetzung der revidierten Entsende-richtlinie und zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes.



THILO JANSSEN forscht im Forschungsnetzwerk der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) zu Themen wie Tarifbeziehungen, Arbeitsbedingungen und Sozialpolitik.



Fotos: Matter Images (1), Andreas Kämpfer (2), Karsten Schöne (3, 13, 14, 15), privat (5, 6), Stephan Pramme (10, 12), Ulrich Baatz (7, 11), Peter Himself (4), Matthias Hubert (9), Stephen Petrat (8)

PASCAL GEISSLER ist in der Studienförderung zuständig für die Kooperation mit dem Trade Union Advisory Committee (TUAC), die Studierenden ermöglicht, Praktika in Paris zu machen und so Einblicke in die gewerkschaftliche Beratung bei der OECD und in internationale Gewerkschaftspolitik zu bekommen. Regelmäßig finden auch gemeinsame Seminare statt.



SARAH WINTER organisiert zusammen mit ihrem Kollegen Markus Schupp ein Kooperationsseminar der Studienförderung mit der FES in Brüssel. Nach der Europawahl werden dort aktuelle politische Themen diskutiert.



ERNESTO KLENGEL behält als Direktor des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeitsrecht, die Entwicklung des Arbeitsrechts und die Rechtsprechung in Europa im Blick, um neue Entwicklungen und Gefahren für die Beschäftigten frühzeitig zu erkennen.



OLGA TIMOCHIN organisiert Studienreisen nach Osteuropa, unter anderem nach Litauen. Dazu kommen Seminare und Online-Talks, etwa zum russischen Angriffskrieg oder, aktuell, zur Lage in Polen vor der Europawahl.



SEBASTIAN SICK berät als Leiter Unternehmensrecht und Corporate Governance im Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) Aufsichtsräte zu rechtlichen Fragen im Bereich (europäisches) Gesellschaftsrecht und Corporate Governance.



SABRINA HELLFEIER betreut in der Forschungsförderung den Forschungverbund Mitbestimmung in Europa, der aktuelle wissenschaftliche Arbeiten zu transnationalen Arbeitsbeziehungen auf der europäischen und der globalen Ebene zusammenbindet.

MAXI LEUCHTERS arbeitet am I.M.U. zum europäischen Gesellschaftsrecht. Zudem ist sie Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA).



MICHAEL STOLLT leitet das Referat Mitbestimmungsportale, eine wichtige Informationsquelle für Aufsichtsräte zu Europa-Themen. Zudem koordiniert er die Szenarienaktivitäten am I.M.U.

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnitthaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Beschäftigte vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.



Im Hörsaal der LSE: Fleckenstein plant seine Zukunft in London.

Der Vergleichende

Aus einem Dorf in Norddeutschland hat es den Politikwissenschaftler Timo Fleckenstein an die renommierte London School of Economics verschlagen.

Von **Andreas Schulte** – Foto **Alberto Pezzali**

Offensichtlich unbewusst spricht Timo Fleckenstein Denglisch „next level“: Nicht einzelne englische Modewörter fließen in die deutsche Muttersprache des Londoner Professors für Sozialpolitik ein, hin und wieder spricht er mitten im Dialog komplette Gedankengänge auf Englisch.

Der mühelose Sprach-Switch scheint ungeplant. Womöglich erreichen in diesen Momenten seine „itchy feet“ die Zunge. Itchy feet, also eine Rastlosigkeit, ein Fernweh, haben ihn vor allem in früheren Jahren angetrieben, sagt er. Nötig waren sie zunächst, um das „Niemandland“ zu verlassen, aus dem er stamme.

In seinem Fall ist dies Oldendorf zwischen Hamburg und Cuxhaven. Dort engagiert er sich als Teenager in der Lokalpolitik. Warum? „Good question“, sagt er. Eine familiäre Prägung gebe es nicht. Sein Vater arbeitet im Industrieanlagenbau, die Mutter managt die fünfköpfige Familie. „Über Politik nachzudenken war mein Ding“, sagt der heute 46-Jährige.

Für die Jusos zieht er schon mit 18 in den Gemeinderat in Oldendorf ein. Dort sorgt er bald für Furore: Ein Investor plant eine Westernstadt. Doch Timo deckt auf, dass der Bürgermeister dem Geldgeber lange vor einer Abstimmung im Rat seine Zustimmung versichert hat. Die Westernstadt bleibt eine Luftnummer. „Aber das war natürlich nicht nur mein Verdienst“, sagt Fleckenstein. Der frühe Erfolg überzeugt ihn nicht von einer Karriere als Politiker. Der

Grund: „I don't know. Ich glaube, öffentliche Auftritte sind nicht meine Stärke“, sagt er. Stattdessen studiert er Politikwissenschaften, Volkswirtschaft und Jura in Hamburg und Berlin. In London schließt er einen Master in europäischen Politikfeldstudien ab und dann in Bremen und Warwick einen weiteren Master in „Arbeit und industrielle Beziehungen“, anstatt zum Studienabschluss nach Berlin zurückzukehren.



Foto: privat

Timo Fleckenstein als Student

In der Hauptstadt indes kristallisiert sich ein Berufswunsch heraus: Politikberatung und ein Job als Referent, das erscheint ihm vorstellbar. Er absolviert Praktika im Bundesbildungsministerium und im Arbeitsministerium. „Politikentwicklung im Ministerium and auch Vermittlung zwischen Häusern, das fand ich interessant“, sagt Fleckenstein. Aber es kommt anders.

„Eine Promotion war nicht Teil der Lebensplanung“, greift er vor. Zu verdanken hat

er sie seinen itchy feet – und der Hans-Böckler-Stiftung. „In der Regel erfolgten Promotionen damals in Isolation, aber das wollte ich nicht.“ Die Stiftung ermöglicht es ihm, seinen Doktor im Ausland zu machen. 2005 geht er nach Oxford, wo ihn der Politologe Martin Seeleib-Kaiser auffordert, sein Doktorand zu werden. „Dabei habe ich ihm gesagt, dass ich nicht vorhabe, im akademischen Diskurs zu bleiben“, erzählt Fleckenstein. „Das war großmäulig. Aber irgendwann hat die Wissenschaft mehr Spaß gemacht, als ich angenommen hatte.“

In seiner Promotion untersucht er das Erlernen von Politik in der Sozialpolitik. Wie gelangen Thinktanks oder Parteien zu ihren Standpunkten? Welche Rolle spielen Ministerien im Politiklernen? Die Arbeit beruhigt offenbar seine itchy feet. „Ich bin nach der Promotion einfach hier versackt“, findet er. Schon bald schreibt er fleißig Bewerbungen und überzeugt ausgerechnet die renommierte London School of Economics and Political Science von sich. Seither widmet sich der Vater eines Sohnes der vergleichenden Sozialpolitik. Seine Frau, ebenfalls Wissenschaftlerin, stammt aus Südkorea. Auch deshalb liegt sein Forschungsschwerpunkt auf der vergleichenden Analyse von Wohlfahrtsstaaten mit einem Fokus auf Westeuropa und Ostasien. „Kinderbetreuung in Korea looks like Germany“ lautet eine Erkenntnis. Fleckenstein schätzt die Autonomie seiner Arbeit. Und, zieht es ihn wieder woanders hin? Nein, seine Zukunft plant er in London: „Im Alter wird man ruhiger.“ ■

EVENTS TERMINE, DIE SICH LOHNEN

Foto: Ruhrfestspiele



„Vergnügen und Verlust“

Unter dem Motto „Vergnügen und Verlust“ laden die Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis zum 8. Juni in ihrer 78. Spielzeit zum internationalen, politisch motivierten und genreübergreifenden Theaterfestival. Schauspiel- und Tanzproduktionen aus aller Welt, deutschsprachige Inszenierungen mit bekannten nationalen Schauspielern, Literatur, Neuer Zirkus sowie Kinder- und Jugendtheater stehen dabei im Zentrum. Performative Arbeiten, bildende Kunst sowie Diskursformate und Musik- und Kabarettvorstellungen ergänzen das Programm. In 90 Produktionen mit rund 220 Veranstaltungen wirken über 620 Künstlerinnen und Künstler aus der ganzen Welt mit.

„Kunst und Politik sind nicht dasselbe“, erklärt Olaf Kröck, der Intendant der Ruhrfestspiele. Während Politik zu eindeutiger Positionierung zwingt, suche Kunst „das Ungenaue, das Unausgesprochene, das Gefühl, die Schönheit, den Schmerz“. Kunst, die sich politisch versteht, „will Inhalte stark machen, ohne in ein Dafür oder Dagegen zu verfallen“, so Kröck. Unter dem Motto „Vergnügen und Verlust“ habe man einen Spielplan zusammengestellt, „der Produktionen ins Zentrum stellt, in denen sich Kunst dem Menschen radikal empathisch zugewandt zeigt“.

Informationen unter ruhrfestspiele.de

Arbeits[T]räume

Arbeit in der Zukunft – wie sieht die aus? Dreitagewoche oder Malochen ohne Feierabend? Homeoffice, Dienststreifen oder gleich Remote-Arbeit aus dem Ausland? Manueller Schraubendreher oder KI-gesteuerter Roboterarm? Wer bestimmt darüber, wie wir arbeiten, und: Wofür machen wir das eigentlich?

Die Ausstellung „Arbeits[T]räume“ im Solinger LVR-Industriemuseum präsentiert keine wissenschaftliche Rundumerzählung, sondern ein Zukunftslabor zum Mitdenken, Mitreden und Mitgestalten. In sechs interaktiven Arbeitsräumen hat jeder die Möglichkeit, sich



Foto: LVR Industriemuseum

selbst einzubringen, die eigene Meinung zu hinterlassen und sich mit anderen auszutauschen.

Bis 20. Oktober in Solingen

https://industriemuseum.lvr.de/de/die_museum/solingen/ausstellungen_6/arbeitsraeume/arbeitsraeume.html

Weiterbildung Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert auch die Arbeit im Betriebsrat. In einer von Juni bis Februar nächsten Jahres laufenden, von Arbeit und Leben Niedersachsen, dem Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt und der Leibniz Universität Hannover ausgerichteten Seminarreihe erhalten Betriebsräte das nötige Rüstzeug, um Künstliche Intelligenz und digitale Medien strategisch zu nutzen.

Erster Termin: 19. bis 21. Juni in Soltau
www.zew.uni-hannover.de/de/weiterbildungen/weitere-angebote/digitalisierung-transnational-gestalten
 Info: susanne.hermeling@zew.uni-hannover.de
 Anmeldung: carla.diesinger@aul-nds.de

Sommerakademie

Die Sommerakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung wendet sich an Menschen, die in der Kommunalpolitik engagiert sind und sich persönlich, fachlich und methodisch zu grundlegenden Themen fit machen wollen. Neben dem Austausch mit Politikern und Experten auf Podiumsdiskussionen und in Fachforen wird in Workshops die eigene Methoden- und Handlungskompetenz gestärkt.

Vom 21. bis 23. Juni in Bonn
juergen.schipper@fes.de

Geschichte der Treuhand

Die Treuhandanstalt steht für den Umbau der ehemaligen DDR von der Plan- zur Marktwirtschaft. Schon früh stand sie in der Kritik; bis heute wird sie für zahlreiche Verwerfungen in Ostdeutschland verantwortlich gemacht. Dierk Hoffmann vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin gibt Einblick in politische Ziele und gesellschaftliche Folgen der Arbeit dieser Einrichtung.

Am 10. Juni in München

Anmeldung online bei der Münchner Volkshochschule, mvhs.de

IMK Forum

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds ist die seit Jahren schwelende Debatte über den Sinn, die Gefahren und die Reformnotwendigkeit der Schuldenbremse wieder voll entbrannt. Hat die Schuldenbremse ausgedient? Welche Möglichkeiten der Reform gibt es? Sind die erforderlichen politischen Mehrheiten realisierbar? Das sind einige der zentralen Fragen, die auf dem IMK Forum 2024 diskutiert werden.

16. Mai in Berlin

Sabine Nemitz, IMK der Hans-Böckler-Stiftung
 Telefon: 02 11/77 78-234
sabine-nemitz@boeckler.de

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN

Foto: Franziska Schäfer



Frauen – kaum wahrgenommene Kämpferinnen für die Mitbestimmung

ANTONIA SEELAND über Gewerkschafterinnen der ersten Stunde und ihren Kampf für gleichen Lohn und gute Arbeitsbedingungen

Frauen spielten bei der Entstehung von Gewerkschaften und Betriebsräten Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik eine wichtige Rolle. Von der ersten Stunde an forderten sie bessere Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Pionierinnen der Arbeiterbewegung bereiteten den Weg für viele Errungenschaften in Sachen Mitbestimmung und Gleichstellung. Doch dieses Erbe ist kaum bekannt und das Material dazu überschaubar.

Immer noch aktuell

Einige dieser Frauen, ihre Lebensgeschichten, Kämpfe und Erfolge stellt der Historiker Uwe Fuhrmann in seinem neuesten Buch vor. Er leistet damit einen wichtigen Beitrag zur gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit. Der unermüdliche Kampf der Frauen von damals gibt Anregungen für die Gegenwart. Auch heute noch klafft eine Lücke beim Entgelt zwischen Männern und Frauen, tragen Frauen noch immer den Löwenanteil der Sorgearbeit.

Das Engagement der Mitbestimmungs-Pionierinnen ist vor allem auch deshalb bemerkenswert, weil sie unter patriarchalen Strukturen für ihre Rechte kämpfen mussten. Die Arbeiterinnen mussten Kinderbetreuung und Haushalt gleichzeitig stemmen – Zeit,

sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, war knapp und musste erkämpft werden. Doch es gelang ihnen, und sie kämpften auf verschiedenen Ebenen für ihre Rechte.

Sie gründeten Gewerkschaften, etwa in der Buchdruckindustrie oder unter den Hausangestellten. Das erreichten sie trotz der hohen Fluktuation unter den weiblichen Beschäftigten, die die gewerkschaftliche Organisation und Streiks erschwerte. Sie passten die eigene Praxis an die Lebensbedingungen der Frauen an, indem sie die Vermittlung der Arbeiterinnen übernahmen und so direkten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und Entlohnung nehmen konnten – nur ein Beispiel für den Ideenreichtum und die eindrucksvollen Strategien, die die Frauen in der damaligen Zeit entwickelten. Dadurch gelang es ihnen recht früh, in verschiedenen Branchen Tarifverträge auszuhandeln. Wichtige Akteurinnen waren unter anderem Gertrud Hanna, Paula Thiede oder Luise Kähler.

Auch auf politischer Ebene, etwa als Mitglieder des Reichstags, erkämpften Frauen wie Johanna Tesch oder Johanna Reitze seit 1919 Fortschritte. Der Beginn der Weimarer Republik war geprägt von Debatten um Mitbestimmung und insbesondere das Betriebsrätegesetz. In parlamentarischen Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz setzte sich

Luise Zietz unermüdlich für eine Stärkung der Rechte der Betriebsräte ein.

Die Pionierinnen riefen Frauen auf, sich als Betriebsrätinnen zu engagieren und ihre Rechte zu nutzen. Das hatte Erfolg. Schon bald gestalteten auch Frauen als Interessenvertretung in den Betrieben die Arbeitsbedingungen und stärkten die Beschäftigtenrechte – und sie tun es bis heute. Zugleich förderten sie den Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis. Exemplarisch hierfür steht Toni Sender; sie war von 1920 bis 1933 Redakteurin der Betriebsrätezeitschrift der wichtigen Metallarbeitergewerkschaft. ■

Lektüre im Netz

Das Buch von Uwe Fuhrmann über die Pionierinnen der Mitbestimmung ist unter dem Titel „Frauen in der Geschichte der Mitbestimmung“ in der HSI-Schriftenreihe erschienen, (Frankfurt am Main, Bund-Verlag 2023, ISBN 978-3-7663-7344-1, 112 Seiten). Ein PDF zum kostenlosen Download gibt es auf der Seite des Hugo Sinzheimer Instituts unter https://www.hugo-sinzheimer-institut.de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008756

Die Juristin **ANTONIA SEELAND** arbeitet im Referat Sozialrecht und Europäisches Arbeitsrecht am Hugo Sinzheimer Institut.

Grenzenlose Gier

GESCHICHTE Eine neue Globalgeschichte des Kapitalismus erzählt von Wirtschaftssystemen, die auf Gewalt, Ungleichheit und Ausbeutung der Natur setzen.



Dem Gießener Historiker Friedrich Lenger verdanken wir eine beeindruckende Weltgeschichte des Kapitalismus, die den Zeitraum von über 500 Jahren umfasst, historische mit ökonomischen und soziologischen Argumentationssträngen bündelt und eine eurozentrische Sichtweise vermeidet.

Lenger bevorzugt einen anderen Kapitalismusbegriff als Karl Marx und Max Weber, deren Werk den „modernen“, auf freier Lohnarbeit in kapitalistischen Organisationen basierenden Industriekapitalismus zum Gegenstand hat. Demgegenüber beinhaltet Lengers „Arbeitsdefinition“ die Komponenten Eigentumsrechte, Warenmärkte, Kapitalinvestition mit der Erwartung auf Gewinn durch Ausnutzen von Tausch-Chancen. Unter dieser Begriffsbestimmung kann er sowohl den frühen Handelskapitalismus und die Plantagensklaverei als auch den späteren Finanzmarktkapitalismus subsumieren

In den ersten beiden von sechs Teilen des Buches widmet sich Lenger dem frühen Handelskapitalismus vom späten 15. bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Zuge des frühneuzeitlichen Fernhandels durchdrangen die dominierenden Handelsnationen Portugal, Spanien, die Niederlande und England den süd- und ostasiatischen sowie lateinamerikanischen Raum und errichteten dort Handelsstützpunkte und Kolonien. Das geschah zumeist mithilfe militärischer Gewalt. Die Handelsgüter waren Gewürze, Zucker und Edelmetalle, Güter, die in den Zielländern von unfreien Arbeitern, meist Sklaven, produziert wurden. Richtig Fahrt nahm der transatlantische Sklavenhandel dann in der Mitte des 17. Jahrhunderts auf mit der Plantagensklaverei für den Zuckeranbau in der Karibik und dem Anbau von Tabak, später Baumwolle in den Vereinigten Staaten.

Das Narrativ der weiteren Teile des Buches umfasst zunächst die oft erzählte Geschichte der ersten und zweiten industriellen Revolution, diesmal globalgeschichtlich gerahmt. Die übersee-

ischen Rohstoffquellen und Absatzmärkte, zu denen England einen beherrschenden Zugang hatte, waren eine wichtige Voraussetzung für die Pionierrolle, die England als „erste Industrialisation“ einnahm. Kontinentaleuropa und die Vereinigten Staaten folgten ihr als Nachzügler.

In den beiden abschließenden Teilen, die den Zeitraum des vergangenen Jahrhunderts umspannen, werden so heterogene Komplexe abgehandelt wie die Weltwirtschaftskrise, der New Deal in den USA, die „regulierte Marktwirtschaft“ unter dem NS-Regime, der Zweite Weltkrieg, die unter amerikanischem Einfluss stehenden Nachkriegsjahrzehnte und schließlich die Expansion des Welthandels mit seinen globalen Wertschöpfungsketten und der Aufstieg des Finanzmarktkapitalismus.

Lengers Buch zeugt mit seiner breiten geschichtlichen Darstellung über ein halbes Jahrtausend weltwirtschaftlicher Entwicklung und Verflechtung von einem außergewöhnlichen Wissen, welches allein schon die 57 Seiten des Literaturverzeichnisses anzeigen. Unbestritten dürfte es zudem die derzeit maßgebende Monografie über den globalen Kapitalismus sein, zu dessen Kennzeichen nicht nur erhebliche Zuwächse an Wohlstand, Lebensstandard und Lebenserwartung gehören, sondern auch die ökologische Zerstörung und soziale Ungleichheit im nationalen wie im internationalen Maßstab. ■

Von **Walther Müller-Jentsch**

Friedrich Lenger: **Der Preis der Welt**. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus. München, C.H. Beck 2023. 699 Seiten, 38 Euro

Fazit

DAS DERZEIT MASSGEBLICHE BUCH ÜBER DEN GLOBALEN KAPITALISMUS

Suche nach dem Stein der Weisen



Giorgia Meloni in Italien, Donald Trump in den USA, die FPÖ in Österreich und nun auch die AfD in Deutschland: Der Aufstieg des Populismus scheint unaufhaltsam – und die bisherigen Gegenstrategien sind gescheitert, wie der Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky feststellt. Hat er nun den Stein der Weisen gefunden? Zumindest ist seine Grundthese beachtenswert: Viele Wählerinnen und Wähler populistischer Parteien, schreibt er, würden die Demokratie

gar nicht ablehnen, sondern sich selbst für die wahren Demokraten halten – alle anderen jedoch für Feinde der Demokratie. Zur Rhetorik der Populisten gehöre das Versprechen „echter“ Demokratie. Ausgehend von dieser Analyse skizziert das Buch Gegenstrategien, die auf mehreren Ebenen funktionieren. ■

Von Dirk Manten

Marcel Lewandowsky: **Was Populisten wollen: Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte.** Köln, Kiepenheuer und Witsch, 2024, 20 Euro

Internet der Monopole



Der Kölner Medienwissenschaftler Martin Andree nutzt in „Big Tech muss weg“ apokalyptische Metaphern: Das Internet sei ein „Friedhof“ ungenutzter Web-Adressen, Plattformen seien „schwarze Löcher“, deren Sogwirkung das Internet zerstört. Die großen US-Plattformbetreiber stellt er als Kriegsparteien dar, die kurz vor einer „feindlichen Übernahme“ der demokratischen Öffentlichkeit stehen. Seine Warnung unterlegt er mit Daten aus einer aufwendigen Vermessung des (deutschen)

Internets. Auch wenn Andree am Ende des Buchs den Behörden klare Schritte empfiehlt, macht „Big Tech muss weg“ nicht viel Hoffnung. Die schonungslose Analyse liefert aber immerhin gewichtige Argumente, um dem Kampf um die digitale Öffentlichkeit wieder neues Leben einzuhauchen. ■

Von Marius Ochs

Martin Andree: **Big Tech muss weg!** Die Digitalkonzerne zerstören Demokratie und Wirtschaft. Campus Verlag 2023. 444 S., 25 Euro

DREI FRAGEN AN SEBASTIAN VOIGT

Foto: Padeluun



Sebastian Voigt ist Alumnus der Hans-Böckler-Stiftung und arbeitet am Institut für Zeitgeschichte in München.

In Ihrem Buch unterscheiden Sie zwischen der alten Judenfeindschaft und dem neuen Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft. Was hat sich geändert?

Die aus dem Christentum resultierende religiöse Prägung der Judenfeindschaft im Mittelalter wurde durch eine „rassistische“, völkische Grundlage mit verschwörungsideologischer Dimension ersetzt. Es entstand der moderne Antisemitismus. Der Begriff wurde im späten 19. Jahrhundert geprägt.

Der Judenhass scheint hartnäckig und anpassungsfähig, dennoch schreiben Sie, man könne ihn überwinden. Was braucht es dazu?

Zunächst ein Bewusstsein dafür, dass der Antisemitismus zwar in erster Linie Juden trifft, aber ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt. Historische Kenntnisse bilden historische Urteilskraft und ein besseres Verständnis der Gegenwart. Es bedarf der Aufklärung, der kritischen Reflexion und der Anerkennung der Komplexität der modernen Gesellschaft. Vereinfachende Sichtweisen führen häufig zum Antisemitismus. Dass es gelingt, ihn zu überwinden, ist eine Aufgabe von uns allen, vor allem den Nichtjuden.

Der islamische Judenhass wird von Ihnen nur knapp, aber dezidiert erwähnt. Wie gefährlich ist er heute für Juden in Deutschland?

Sehr gefährlich, vor allem in der aktuellen Situation. Es ist aber zu einfach, vor einem „importierten Judenhass“ zu warnen, wie es Konservative und Rechte tun. Das lenkt ab von der tiefen Verankerung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft über alle politischen Lager hinweg. ■

Die Fragen stellte Kay Meiners

Mitbestimmte Lieferketten



Judith Beile und Katrin Vitols haben untersucht, inwiefern börsennotierte Unternehmen in Deutschland ihrer Sorgfaltspflicht in der Lieferkette nachkommen und welche ersten Erfahrungen mit dem Lieferkettengesetz vorliegen.

Dabei analysieren die Autorinnen auch den Einfluss von Mitbestimmungsträgern auf

Prozesse wie Risikomanagement, Risikoanalyse oder Präventionsmaßnahmen. Grundlage waren neben der öffentlich zugänglichen Kommunikation der 90 DAX- und MDAX-Unternehmen Interviews mit Mitgliedern von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen.

Dabei gibt es Licht und Schatten in der öffentlichen Berichterstattung. Zwar hatten, um ein Beispiel zu nennen, rund zwei Drittel der Unternehmen bereits eine Grundsatzerklärung veröffentlicht, doch meistens fehlte eine angemessene Risikoanalyse, die erst die Grundlage für ein effektives Risikomanagement darstellt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es den Autorinnen zufolge noch nicht möglich, eine spürbare Verbesserung der Menschenrechtslage in den Lieferketten festzustellen.

In der Öffentlichkeit wirkt es zuweilen so, als seien nicht die Gewerkschaften, sondern andere Nichtregierungsorganisationen die aktivsten Kräfte bei Beschwerden nach dem Lieferkettengesetz. Die Studie von Beile und Vitols zeigt dagegen, dass sich Arbeitnehmervertretungen sehr wohl oft für die unternehmerischen Sorgfaltspflichten engagieren. Sie sind eng in die Prozesse eingebunden, auch ohne explizite gesetzliche Grundlage. Sie gestalten Grundsatzklärungen, Verhaltenskodizes, Beschwerdemechanismen, Wirksamkeitskontrollen und Risikoanalysen mit.

Die Autorinnen bieten neben einer systematischen Darstellung der Einflussmöglichkeiten für Betriebs- und Aufsichtsräte auch Fallstudien und jede Menge praktische Tipps. ■

Von **Marius Ochs**

Judith Beile/Katrin Vitols: **Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.** Einfluss und Auswirkungen von Mitbestimmung auf Due Diligence in der Lieferkette. Working Paper Forschungsförderung Nr. 320, Februar 2024

Unerzählte Geschichte



In Beschreibungen des deutschen Vereinigungs- und Transformationsprozesses nimmt die Treuhandanstalt meist eine dominierende Rolle ein. Dagegen schaut dieser Sammelband auf die Ebene der Betriebe: Welche Rolle spielten Gewerkschaften und Interessenvertretungen in der Transformation? Etwas spekulativ bleiben die Antworten auf die Frage, ob es Alternativen gegeben hätte. Die Leser erwartet aber in jedem Fall wertvolle, bisher

meist unerzählte Geschichte. ■

Von **Kay Meiners**

Detlev Brunner, Michaela Kuhnhenne (Hg.): **Proteste, Betriebe und Gewerkschaften.** Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990. BeBra Wissenschaft. Berlin, 2023, 120 Seiten, 24 Euro

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie [boeckler.de](https://www.boeckler.de) (Veröffentlichungen).

Erster Job in der Fremde



Gastronomie, Reinigung und Pflege sind Branchen, die für neu Zugewanderte leicht zugänglich sind. Die Autoren erforschen in Interviews die Lebensrealität der Beschäftigten, blicken auf persönliche Wahrnehmungen und die Strukturen der Branchen. Es ergibt sich ein komplexes Bild: Abhängig von Alter, Ressourcen und Weiterbildung bleiben die Beschäftigten in den Berufen, steigen aus oder sogar auf. Gewerkschaften und Betriebsräte sind in

den untersuchten Unternehmen ebenso wenig präsent wie in den Vorstellungen der Beschäftigten. Beratungs- und Bildungsangebote der Gewerkschaften müssen also niedrigschwellig ansetzen. ■

Von **Marius Ochs**

Serhat Yalçın/Natalie Hubenthal/Juliane Dietrich: **Arbeitsfelder der Ankunft.** Migrantische Perspektiven auf Arbeit in Gastronomie, Reinigung und Pflege. Böckler Study 487, Januar 2024

DAS POLITISCHE LIED



Walter Andreas Schwarz: Im Wartesaal zum großen Glück (1956)

Und man baute am Kai der Vergangenheit
 Einen Saal mit Blick auf das Meer
 Und mit Wänden aus Träumen gegen die Wirklichkeit
 Denn die liebte man nicht sehr

DAS LANGE WARTEN AUF DIE AUFARBEITUNG

Am 24. Mai 1956 findet im Kursaal von Lugano erstmals der Grand Prix Eurovision de la Chanson statt, der Vorläufer des heutigen Eurovision Song Contest (ESC). Der neue Wettbewerb soll das Fernsehen populärer machen, bislang haben nur sehr wenige Haushalte einen eigenen Apparat.

Für Deutschland trägt der noch unbekanntere Walter Andreas Schwarz das düstere Chanson „Im Wartesaal zum großen Glück“ vor. Ein wehmütiges Akkordeon suggeriert Seefahrerromantik. Arrangement und Sprechgesang erinnern an die Theatermusik von Brecht und Weill.

Der Wartesaal, um den es geht, steht am Kai der Vergangenheit und bietet einen Blick auf ein Meer, auf dem kein Schiff kommt. Oder hat gerade eines abgelegt? Die Leute, die dort sitzen, warten auf das große Glück. „Die armen, armen Leute“, singt Schwarz.

Das Mitleid ist ironisch gemeint, denn die Wartenden haben es nicht anders verdient. Die Wände des Saals sind aus Träumen gemacht „gegen die Wirklichkeit, denn die liebte man nicht sehr“. Darum geht es also: Die Wartenden wollen die Vergangenheit nicht sehen. Im Deutschland der 1950er ver-

steht das Publikum unmittelbar, dass die Verbrechen der Nazizeit gemeint sind.

Eine ambivalente Erlöserfigur taucht auf, kommt „mit gläserner Fracht von den Sternen“. Er erleuchtet aber nicht die Wartenden, sondern die Fischer draußen auf dem Meer – eine Figur wie bei Kafka, schwer zu fassen.

Die Jury befindet: Der Schweizer Beitrag „Refrain“ von Lys Assia gewinnt. Für die anderen Songs wird gar keine Rangfolge bekannt gegeben.

Schwarz ist jüdischer Abstammung, 1938 war er mit seiner Familie in das Konzentrationslager Holzen in Niedersachsen verschleppt worden. Die Eltern werden ermordet, Schwarz überlebt, weil er den Lagerkommandanten aus der Schule kennt.

Für Schwarz bleibt der Song ein seltener Ausflug in musikalische Gefilde. Er ist Radioautor und Sprecher. Nach dem Krieg hat er einige Jahre in England verbracht und für die deutschsprachige Sparte der BBC gearbeitet, bevor er nach Deutschland zurückkehrte.

Bis zu seinem Tod 1992 spricht Schwarz 200 Hörspiele ein und produziert Hörbücher. Er schreibt Radiofassungen von Cervantes’ „Don Quijote“, Heinrich Manns „Untertan“ und Lion Feuchtwangers „Jud Süß“. Er ist für

die deutsche Fassung von „Per Anhalter durch die Galaxis“ verantwortlich. Daneben tritt er als Kabarettist auf.

1966, rund zehn Jahre nach seinem Grand-Prix-Auftritt, beschäftigt ihn die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen erneut. Schwarz produziert eine Radiosendung unter dem Titel „Wiedergutmachung“, in der er, leicht fiktionalisiert, auch über seine eigenen Erfahrungen mit der schmerzhaft trägen und oft widersprüchlichen Entschädigungsbürokratie der Bundesrepublik spricht. Zwei Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Herrschaft warten noch drei Millionen Geschädigte auf materielle Wiedergutmachung.

Der Song über den Wartesaal gerät allmählich in Vergessenheit. Eine Wiedergeburt erfährt er, als der Liedermacher Hannes Wader ihn auf Konzerten spielt und 2015 auf dem Album „Live“ veröffentlicht. Und – ganz aktuell – in diesem Jahr findet sich der „Wartesaal“ auf dem Stoppok-Album „Teufelsküche“, im Duett mit Alin Coen gesungen. ■

Von **Martin Kaluza**

Das Lied hören/ansehen:
https://www.youtube.com/watch?v=EfZ6_7iNBqs

DURCHGEKLICKT

Diskursstrategien der Neuen Rechten kontern

RECHTE
DISKURSE

<https://rechte-diskurse.de/index.htm>

Rechte und rechtsradikale Rhetorik war früher eher an Stammtischen oder in Bierzelten zu finden. Seit ein paar Jahren benutzen die AfD, die sogenannten Neuen Rechten und andere rechte Strömungen soziale Netzwerke für ihre Zwecke – und beherrschen die Emotionalisierungs-, Desinformations- und Manipulationsmöglichkeiten auf Social Media ziemlich gut. Ein aktuelles Beispiel: Die Größe der Demonstrationen gegen rechts Anfang des Jahres leugnete die AfD. Die Demonstranten seien bezahlt worden, hieß es auf ihren Kanälen.

Um die Mechanismen rechter und rechtsextremer Meinungsmache besser zu verstehen, hat die Hans-Böckler-Stiftung ein Forschungsprojekt der Universität Siegen gefördert, das Kommunikationsstrategien der Neuen Rechten analysiert. Auf dem nun eingerichteten Portal, das die Forschungsergebnisse präsentiert, werden die Strategien verschiedener Gruppen untersucht und Empfehlungen gegeben, wie ihnen im Netz wirksam begegnet werden kann. Herausfordernd ist: Die Neuen Rechten kapern Begriffe, die ursprünglich links besetzt sind, wie „Arbeiter“, „So-

lidarität“ oder, kritisch gedeutet, „Kapitalismus“. Die Forscher haben unterschiedliche rechte „Communities“ auf X, früher Twitter, identifiziert. Es überrascht, dass mit der AfD verbundene Accounts im Untersuchungszeitraum im Vergleich zu denen der Neuen Rechten eine relativ kleine Rolle spielten. Eine hohe Reichweite haben Accounts von Gruppen, die außerhalb des Internets keine Relevanz haben. Als Gegenmittel raten die Forscher, nicht mit Empörung zu reagieren, weil dies die Aufmerksamkeit für rechte Kanäle noch steigert. Besser sei es, rechte Diskurse im Netz ironisch aufzunehmen und damit zu durchkreuzen, im „analogen Leben“ Antworten auf reale gesellschaftliche Probleme zu finden und attraktive Angebote zu machen. ■

Von Gunnar Hinck

Fazit

**FUNDIERTE ANALYSE
RECHTSEXTREMER RHETORIK**

PODCASTS UND APPS

Hinter den EU-Kulissen

Wer tiefere Einblicke in die EU haben will, ist beim Podcast „punktEU“ des WDR richtig. In der Hektik der täglichen Nachrichten verliert man leicht den Überblick über die aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen in Brüssel, hier nehmen sich Moderatorin und Korrespondentin Kathrin Schmid und ihre Gäste in jeweils 25 Minuten die Zeit für die Hintergründe. Sie analysieren, warum Ursula von der Leyens Wiederwahl keineswegs sicher ist und warum der Green Deal der EU-Kommission derzeit keine große Rolle spielt. Jede Woche gibt es eine neue Folge. ■

<https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/punkt-eu>

Jobs in der Zukunft

Wie verändert die Automatisierung die Berufe? Der „Futuro-mat“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit gibt Auskunft. Hier können die Nutzer unter 4000 Berufen recherchieren und nachsehen, ob der jeweilige Beruf demnächst von Maschinen ersetzt werden kann oder nicht. Menschen werden auch in Zukunft von Menschen gepflegt, Flugzeuge von Piloten gesteuert. Automatisierbar könnten eher die Aufgaben von Lageristen oder Sekretärinnen sein. Theoretisch – denn der Mensch kann flexibler auf Aufgabenanforderungen reagieren und Produkte von höherer Qualität herstellen. ■

<https://job-futuro-mat.iab.de/>

STIFTUNG ONLINE

Geschichte wird gemacht

Tarifautonomie, Mitbestimmung, Achtstundentag – die Gewerkschaften waren es, die in der Bundesrepublik bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpft haben. Der neue Podcast „Geschichte wird gemacht“ zeigt, von welchen gesetzlichen Meilensteinen die Beschäftigten bis heute profitieren, und beleuchtet, was noch zu tun ist, um ihre Rechte zu stärken. Der Podcast wird angereichert mit O-Tönen aus der betrieblichen Realität. Zum Beispiel: Was bedeutet das Tarifvertragsgesetz? Geplant sind Folgen unter anderem zur Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 und zum Metallstreik 1956/57 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. ■

Der Podcast wird auf podigee erscheinen.

Foto: Weltkino-Verleih



„Vom Ende eines Zeitalters“. D 2022.
Regie: Christoph Hübner, Gabriele Voss. Kinostart: 21. März 2024

FILMTIPP

Die neue Zeit

Christoph Hübner und Gabriele Voss drehen seit 40 Jahren Dokumentationen über das Ruhrgebiet. Immer geht es um den Wandel, dem die Region unterliegt. Stahl und Steinkohle waren die Kernkompetenz dieser Region, mittlerweile sind sie Randerscheinungen, auch wenn hier und da noch eine große Eisenhütte steht. Die Transformation ist nicht aufzuhalten. Zu Beginn des neuesten Films von Hübner und Voss fahren wir mit der Kamera ins ehemalige Bergwerk ein, die Stollen sollen verfüllt werden.

Wir befinden uns in Bottrop-Ebel, dem letzten Standort des Steinkohlenbergwerks Prosper Haniel. Große Arbeitskämpfe haben hier stattgefunden, Plakate der IG Bergbau und Energie in den Technikräumen kündeten noch davon. 1992 wurde hier das „Band der Solidarität“ gegen Arbeitslosigkeit geknüpft, eine Menschenkette über 93 Kilometer quer durchs Ruhrgebiet. Eine halbe Million Arbeitsplätze waren in Gefahr. „Die Zeche für stillgelegte Zechen müssen wir alle blechen“, schrieben Gewerkschafter auf ihre Schilder.

2018 wurde das Bergwerk endgültig geschlossen. Aus Fördertürmen wurden Lichtinstallationen, aus Stahlöfen Kletterburgen: Die Umgestaltung der Emscher-Region ist eines der größten Infrastrukturprojekte Europas. Es ist hier grüner und freundlicher geworden, hier wird getestet für andere Gegenden, die durch Industrie und Bergbau genutzt wurden. Angedacht sind Yachthafen und Badestrand, es gibt schon ein Hotel, wo man in Betonröhren aus dem Bergbau schlafen kann.

Kritische Stimmen fürchten bereits jetzt ein Umkippen der Region: Die Arbeiterhäuser in Ebel werden als Spekulationsobjekte interessant, die alten Bewohner werden verdrängt. Die alten und jungen Interviewpartner der Regisseure schwanken zwischen Furcht und Hoffnung – je nachdem, welcher Generation sie angehören. Die Vergangenheit ist hier noch nicht beendet, die Zukunft klopft schon mal an. „Ein Leben, das bestimmt ist von Gedanken des Wegziehens, Solaranlagen und Grünbepflanzung“, heißt es im Film. ■

Von Jürgen Kiontke

RÄTSEL In den 1970er Jahren wird alternative Ernährung in Westdeutschland zur politischen Botschaft. Naturkostläden schießen wie Pilze aus dem Boden. Körnersäcke und Müsli prägen den Lebensentwurf der ökobewegten Kundschaft.

Von Guntram Doelfs

Foto: bpk/Digne Meller Markovitz





Der Frankfurter Bioladen „Lebensbaum“ in der Eckenheimer Landstraße hat den spröden Charme eines alternativen Wohnzimmers. Wer hier zwischen unbehandeltem Holz, Getreidesäcken, Müsli und Tee, Naturkosmetik und Räucherstäbchen einkauft, gibt auch ein politisches Statement ab – gegen die Auswüchse des Konsums, die Zerstörung der Umwelt, gegen Schadstoffe in Nahrungsmitteln und das kapitalistische Wirtschaftssystem. Vieles wird direkt aus Säcken abgefüllt, dazu gibt es Bücher, die den alternativen Lebensstil bewerben.

Die Läden sind auch Informationszentren. Die Bioszene hat ihre Wurzeln in der Umwelt- und Studentenbewegung. Ein neuer, urbaner Lebensstil vermischt sich mit den Ausstiegswünschen der Flower-Power-Generation. Aus der Hinwendung zur Natur und zu ökologisch korrekter Ernährung und aus der Ablehnung der industrialisierten Landwirtschaft entsteht ein neues soziales Milieu.

Wo der erste deutsche Bioladen tatsächlich eröffnet wurde, daran scheiden sich bis heute die Geister. Mal wird der 1971 eröffnete Laden „Peace Food“ in Berlin als Urvater aller deutschen Bioläden genannt, mal das „Schwarzbrod“ in Hamburg. Eindeutig belegt ist hingegen eine Zahl: Im Jahr 1972 gibt es in Deutschland fünf Bioläden. 1974 folgt mit Dennree der erste Großhändler, 1979 schließlich regionale Vertriebsgenossenschaften. Mitte der 1980er Jahre gibt es in Westdeutschland bereits über 1000 Bioläden. In dieser Anfangszeit ist das Sortiment überschaubar. Es gibt vor allem vegetarische Lebensmittel aus traditioneller Herstellung, Getreide, Mehl und Müsli sowie Gemüse oder Obst aus lokaler Produktion.

In den Läden treffen sich politische Gruppen und Bürgerinitiativen zum Agitprop am Gemüsestand. Doch es gibt ein Problem: Die kaufmännischen Fähigkeiten vieler Betreiber sind begrenzt. Mitte der 1980er Jahre löst der wirtschaftliche Druck eine erste Professionalisierungswelle aus, das Sortiment wird breiter, gleichzeitig verblasst der politische Anspruch zunehmend. In dieser Zeit entstehen die ersten Biosupermärkte. Diese machen um die Jahrtausendwende vielen Bioladen-Pionieren, darunter auch dem Frankfurter „Lebensbaum“, endgültig den Garaus. Die Idee der gesunden, ökologischen Ernährung ist endgültig in der Mitte der Gesellschaft angekommen. ■

Rätselfragen

Bevor der „Lebensbaum“ in der Eckenheimer Landstraße einzog, befand sich hier eines der ersten Frauenzentren in Deutschland. Welche Hausnummer suchen wir?

Der erste Biosupermarkt wurde 1987 eröffnet. Wie heißt die Kette, die es heute noch gibt?

Die Fotografin Digne Meller Marcovicz, die unser Foto aufgenommen hat, arbeitete über Jahrzehnte für ein deutsches Magazin. Welches?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 21.05.2024** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung:

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 1/2024

Stralsund
5 Millionen D-Mark
René Benko

Den 1. Preis hat Bert Winkler aus Wilkau-Haßlau gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Norbert Weidlich aus Dortmund, Stefan Kraft aus München und Ines Apel aus Schwerin.

BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



ZU „DIE ZAHLEN HINTER DER ZAHL: WAS AFD-WÄHLER BEWEGT“, 01/2024

Timo aus Hamburg:

„Das erklärt einen Teil des Problems. Allerdings sind da dann immer noch viele übrig, die wir nicht aufgrund ihrer Ängste in Schutz nehmen können.“

Yigit Unan:

„Die AfD-Wähler haben die richtigen Ängste in einer Gesellschaft mit immer schlechter werdender Vermögensverteilung. Sie suchen die Antwort nur bei einer furchtbaren Partei, die nichts anderes vorhat, als dieses Ungleichheitsproblem viel schlimmer zu machen. Die zentralen Parteien müssen diese Ängste ansprechen. Sie

verteidigen aber überwiegend (14 : 1 im Verhältnis) die Interessen von den Vermögenden weiter.“

Martha Wendel:

„Ich teile fast all diese Sorgen und habe zudem fünf Kinder, die in eine noch unsicherere Zukunft schauen. Dennoch wähle ich nicht diese furchtbare ‚Alternative‘. Ich bin relativ sicher, dass, würde zum Beispiel ein Psychologe auf diese Verunsicherten schauen, dieser eine Art Angststörung diagnostizieren würde aufgrund von unsicheren Bindungserfahrungen in der Kindheit. Aber das ist nicht belegbar, nur mein ‚Gefühl‘.“

ZU „FREUND UND KRITIKER. NACHRUF“, 01/2024

Winfried Heidemann aus Bochum

„Danke für den schönen Nachruf auf Oskar Negt, der uns an die Nahbarkeit und menschliche Wärme des Gelehrten erinnern lässt! Ob er ‚einer der großen Sozialphilosophen der Bundesrepublik‘ war, wie der Autor schreibt, können wir dem Urteil der Philosophiegeschichte überlassen. Nach Auskunft seines Freundes, des Filmemachers Alexander Kluge, war er kein Soziologe und kein Fachphilosoph, sondern ein Theoretiker – und zwar im altgriechischen Sinne eines Aufpassers über Lüge bei den Eigenen und den Fremden. Und Jürgen Habermas erinnert im Nachruf auf seinen Schüler daran, dass Negt ‚als Lehrer und Schriftsteller‘ exemplarisch an seinem eigenen Lebensbeispiel Identitätsentwicklung durch ‚erarbeitete Bildung‘ zum Dreh- und Angelpunkt seines theoretischen Denkens gemacht habe. Eine Deutung des Lebenswerks ihres langjährigen Vertrauensdozenten, die doch der Hans-Böckler-Stiftung als Bildungsorganisation zu Ehre und Verpflichtung gereicht.“

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-,
Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB,
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Geschäftsführerin:
Claudia Bogedan

Redaktion:
Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139
Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titelthemas: Kay Meiners, Fabienne Melzer
Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer
Redaktionsassistent: Angelika Söhne, Eva Quenzel
Telefon: 0211/77 78-147
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Grafik/Layout/Produktion/Lithographie:
Signum communication GmbH, Heidelberg,
Nadine Bernhardt, Oliver Weidmann, Jutta Stuhlmacher,
Anja Daum

Titelfotos: Signum Communication GmbH, Stephen Petrat,
Karsten Schöne

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:
foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:
Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:
Bund-Verlag GmbH
Telefon: 069/79 50 10-96
E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz

Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



BPC-165FF

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 3 | Juni 2024

Kunststoff und Kreislaufwirtschaft

Ohne Kunststoffe können wir uns unsere Welt kaum vorstellen. Mit welchem Material wären wohl die Kabel unserer Schreibtischlampen isoliert? Hätte unser Bildschirm ein Holzgehäuse, und auf welcher Tastatur würden wir unsere Texte tippen? Das Material ist nicht wegzudenken und hat doch einen schlechten Ruf. Europa produziert jährlich Kunststoffabfälle in Höhe von rund 25,8 Millionen Tonnen. Davon landen zwischen 150 000 und 500 000 Tonnen im Meer. Plastik richtet erhebliche wirtschaftliche und ökologische Schäden an. Bis 2030 sollen daher in der EU alle Kunststoffverpackungen wiederverwendet oder recycelt werden können. Wie stellt sich die Industrie darauf ein? Schafft sie das Ziel, und wie wird es die Arbeit in den betroffenen Branchen verändern?

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147
redaktion@boeckler.de
magazin-mitbestimmung.de



INDUPARK, BRENNABOR- STR. 7, 44149 DORTMUND

Melanie Hillmann (43) lebt mit ihrem Vater, ihrem Freund und zwei Hunden in Schwerte.

Von **Andreas Schulte**
Foto **Thomas Range**

„Mein Berufswunsch stand schon in der achten Klasse fest. Ich habe damals ein dreiwöchiges Praktikum bei Blumen Risse gemacht. Ich durfte verkaufen und Sträuße binden und stand so gleich voll in der Verantwortung. Das hat mir gefallen. Meine Eltern haben versucht, mir andere Berufe wie etwa technische Zeichnerin schmackhaft zu machen. Aber das war mir egal, und das ist es mir bis heute. Blumen machen mir gute Laune. Ich finde es immer wieder schön, zu sehen, was man aus einer einzelnen Blume als Werkstück machen kann, wenn man zum Beispiel einen Strauß bindet.“

Ich habe nach der mittleren Reife eine Ausbildung zur Floristin in einem kleinen Familienbetrieb gemacht. Da stand man zur Adventszeit schon mal bis nachts im Laden.

Heute geht es geordneter zu. Ich bin im Gartencenter Blumen Risse als Abteilungsleiterin in der Blumen- und Dekoabteilung angestellt. Im Team haben wir sehr viel Spaß, selbst wenn es, wie am Muttertag oder

vor Ostern, stressig ist. Ich muss viel organisieren, etwa Arbeitspläne schreiben. Aber ich binde weiterhin selbst Sträuße und verkaufe. Das muss auch so sein, denn damit erfülle ich kleine Träume, das merkt man in der Mehrzahl der Fälle an den Reaktionen der Kunden.

Verbesserungswürdig an meinem Arbeitsplatz sind allerdings das Gehalt und die Arbeitszeiten. Blumen zu verkaufen und dabei Vasen, Keramik und Erde zu schleppen, ist körperliche Arbeit. Das wird in der Gesellschaft nicht mehr genügend wertgeschätzt, und meine Rente wird zudem zu schmal ausfallen. Daher sehe ich unsere freiwilligen Sonntagsschichten mit einem weinenden und einem lachenden Auge: Wir arbeiten zwar unter der Woche ohnehin schon in drei Schichten und manchmal bis 20 Uhr, aber durch das zusätzliche Geld aus Sonntagsschichten kann man sich dann auch einmal etwas Besonderes wie ein gutes Essen leisten.“ ■



EINLADUNG

16. Mai 2024, Berlin, Französischer Dom

WIE WEITER MIT DER SCHULDENBREMSE?

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds ist die Schuldenbremse erstmals seit ihrer Einführung kurzfristig bindend für die deutsche Finanzpolitik geworden. Die nun von der Bundesregierung verabschiedeten Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen dürften dazu beitragen, dass die deutsche Wirtschaft auch 2024 stagniert oder sogar

leicht schrumpft. Die seit Jahren schwelende Debatte über den Sinn, die Gefahren und die Reformnotwendigkeit der Schuldenbremse ist wieder voll entbrannt. Hat die Schuldenbremse ausgedient? Welche Möglichkeiten der Reform gibt es? Sind die erforderlichen politischen Mehrheiten realisierbar? Das sind einige der zentralen Fragen, die wir auf dem IMK-Forum 2024 diskutieren wollen.



23. April 2024, 17:30 h,
BERLIN, DGB BUNDES-
VORSTANDSVERWALTUNG

75 JAHRE TARIFVERTRAGSGESETZ – GRUNDPFEILER DER ARBEITSBEZIEHUNGEN VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Mit jährlich rund 6000 neu abgeschlossenen und gut 84.000 gültigen Tarifverträgen ist das Tarifvertragsgesetz für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland von herausragender Bedeutung.

Den 75. Geburtstag des Tarifvertragsgesetzes nehmen wir deshalb zum Anlass für eine Bilanz und einen Blick nach

vorne. Dazu lädt die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem DGB am 23. April 2024 zu einer Feier in Berlin ein. Unter anderem wird es eine Diskussionsrunde mit Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger und der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi geben. Die Festrede hält Bundesarbeitsminister Hubertus Heil.